

## Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 2/21. Jg.

Mitteilungsblatt

August 2015

---

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken unseres langjährigen aktiven Mitstreiters Prof. Dr. Horst Bednareck, der kürzlich verstorben ist.

In dieser Nummer dokumentieren wir die auf der Konferenz „1955 – Jahr der Entscheidungen“ am 9. Mai d.J. gehaltenen Vorträge von Georg Grasnick, Arno Neuber und Anton Latzo. Wie die Konferenz insgesamt verstehen sie sich als Beiträge zur Auseinandersetzung um den 70. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus 1945, namentlich um die sich aus dem Befreiungsakt ergebenden Erfordernisse und Möglichkeiten, ihre sehr unterschiedliche Realisierung und die damit Verbundenen Lehren. Sie arbeiten die wechselseitigen Beziehungen zwischen einer zunehmend aggressiven Politik der NATO und dem Erstarken des BRD-Imperialismus heraus. Deutlich wird die Schaffung der Warschauer Vertrags-Organisation – sechs Jahre nach Gründung der NATO! – als nicht länger aufzuschiebende *Antwort* auf diese Entwicklungen im internationalen und westdeutschen Imperialismus. Diese historischen Erfahrungen lehren, dass imperialistische Expansion und Aggressionspolitik nur durch ihr widerstehende Gegenkräfte zu zügeln sind.

Ferner enthält diese Ausgabe den vollständigen Plan der Veranstaltungen des Arbeitskreises von September bis Ende 2015. Im Mittelpunkt steht die Konferenz „Was bleibt von der DDR?“ am 19. September in Berlin. Die Berliner Donnerstag-Veranstaltungen im September und November führen die auf der Konferenz im Mai und im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Befreiung geführte Debatte weiter; auf den beiden Veranstaltungen Anfang und Ende Oktober geht es um Grundfragen der Geschichte der KPD.

Heinz Karl

## Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung der Konferenz „1955 – Jahr der Entscheidungen“	S. 3
Prof. Dr. Georg Grasnick Die NATO und die Remilitarisierung Westdeutschlands	S. 6
Arno Neuber Der Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD	S. 16
Prof. Dr. Anton Latzo Die Warschauer Vertragsorganisation und die DDR	S. 28
Veranstaltungen des Arbeitskreises von September bis Ende 2015	S. 35

---

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/ Interessenten des Arbeitskreises per E-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2015.

Prof. Dr. Heinz Karl

## Zur Eröffnung der Konferenz „1955 – Jahr der Entscheidungen“

Der 8. Mai 1945 war nach der Oktoberrevolution 1917 die wichtigste historische Zäsur des 20. Jahrhunderts. Der vollständige Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Antihitlerkoalition – manifestiert in der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und der Übernahme der gesamten Macht in Deutschland durch die vier Alliierten – hatte nicht nur die Völker Europas vom jahrelangen Joch des deutschen Imperialismus und Militarismus und auch das deutsche Volk von deren faschistischer Diktatur befreit, sondern überaus bedeutende Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis bewirkt.

Das imperialistische Deutsche Reich war untergegangen, von den Alliierten liquidiert. Es war nicht mehr – wie nach dem Ersten Weltkrieg – Subjekt der internationalen Politik, sondern Objekt, Verhandlungsmasse. Seine Minister und Generäle waren nicht – wie 1918/19 – inferiore Verhandlungspartner, sondern Häftlinge, auf die das Strafgericht wartete. Gar nicht so wenige von ihnen endeten – nicht nur in Nürnberg – nach alliierten Urteilssprüchen am Galgen oder hatten jahrelang diese Perspektive vor Augen. Noch nie in der deutschen Geschichte hatten die herrschende Ausbeuterklasse, ihre großkapitalistischen und großagraren Eliten und ihr militärischer und bürokratischer Tross derart an Autorität verloren wie nach 1945. Das eröffnete den fortschrittlichen Kräften des deutschen Volkes, vor allem der Arbeiterbewegung, große Möglichkeiten, reale gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Im Osten wurden sie maximal genutzt; in den Westzonen von großen Teilen der Bevölkerung lebhaft erstrebt, aber in Ansätzen erstickt.

Der bisher größte und gefährlichste Versuch, die Sowjetmacht zu zerschlagen und die begonnene sozialistische Umgestaltung eines riesigen Landes zu liquidieren, war eklatant gescheitert. Trotz gewaltiger Verluste und Zerstörungen war sie aus dem Krieg gestärkt hervorgegangen. Nie war ihre internationale politische und moralische Autorität größer als nach 1945. Sie war zu einer Weltmacht geworden. Zunächst ihre Befreiungsfeldzüge der Jahre 1944/45 und dann der zuverlässige militärische Schutz, den sie gewährte, ermöglichten die erfolgreichen volksdemokratischen Revolutionen im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa und gaben dem antiimperialistischen Kampf in China und anderen Ländern Asiens mächtige Anstöße. Diese Veränderungen im Kräfteverhältnis brachten Europa die längste Friedensperiode seit sechs Jahrhunderten und gewährleisteten für Jahrzehnte eine offenkundig positive Rolle der UNO.

Eine zunächst stagnative, dann krisenhafte Entwicklung der Sowjetunion und des realsozialistischen Systems (auf die hier nicht eingegangen werden kann) mündete in die – wie Putin treffend sagte – „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“, den Zusammenbruch der UdSSR und des europäischen Frühsozialismus. Sie ermöglichte den Sieg des Imperialismus im Kalten Krieg und die Revision grundlegender Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, insbesondere die Zerschlagung der 1945 in Jalta und Potsdam geschaffenen europäischen Friedensordnung. Zu der dadurch herbeigeführten Situation erklären 94 Generale und Admirale der NVA: „Jetzt konstatieren wir, dass der Krieg wieder zum ständigen Begleiter der Menschheit geworden ist. Die von den USA und ihren Verbündeten betriebene Neuordnung der Welt hat in den letzten Jahren zu Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan, im Irak, Jemen und Sudan, in Libyen und Somalia geführt. ...“

Nun hat das Kriegsgeschehen wiederum Europa erreicht. Offensichtlich zielt die Strategie der USA darauf ab, Russland als Konkurrenten auszuschalten und die Europäische Union zu schwächen.“ Und Oskar Lafontaine konstatierte dazu vor wenigen Tagen, dass „der aggressive US-Imperialismus nach dem Zusammenbruch der UdSSR jede Selbstbeschränkung aufgegeben hat und in fahrlässiger Weise seine Expansionspolitik weiterverfolgt“. Und er schlussfolgert: „Unsere Verantwortung besteht darin, einer verhängnisvollen US-Politik in den Arm zu fallen“/1/

Wie wenig die Mehrheit der politischen Verantwortungsträger in diesem Lande gewillt ist, sich dieser Verantwortung zu stellen, zeigte die gestrige Sitzung des Bundestages, eine „Gedenkstunde zum Ende des 2. Weltkrieges vor 70 Jahren“. Tatsächlich war es eine Veranstaltung der Ewiggestrigen, die wieder Morgenluft wittern. Heinrich August Winkler festigte seinen Ruf als im-

perialistischer Hofhistoriker, indem er wieder – was sonst – „Deutschlands langen Weg nach Westen“ besang. Der Sieg der Alliierten hätte die Deutschen „befreit im Sinne der Chance, sich von politischen Verblendungen und Traditionen zu lösen, die Deutschland von den westlichen Demokratien trennten.“/2/ Die Erfahrungen der Geschichte besagen aber etwas ganz anderes: Es ging nicht darum, nachdem die deutsche imperialistische Bourgeoisie auch bei ihrem zweiten „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) eklatant gescheitert war, es nun mit dem (vielleicht elastischeren) angloamerikanischen *Herrschaftsmodell* des Imperialismus – demagogisch „westliche Demokratie“ genannt – zu versuchen, sondern die imperialistische Bourgeoisie vollständig zu entmachten und das große, monopolistische Kapitaleigentum – die ökonomische Grundlage imperialistischer Expansions- und Aggressionspolitik, die gesellschaftliche Wurzel von Militarismus *und Faschismus* – zu beseitigen. Die Übernahme der „westlichen Demokratie“ bedeutete die Erhaltung und den sukzessiven Ausbau der Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus einschließlich ihrer faschistischen Potenzen.

Der deutsche Imperialismus hat aus seinen Niederlagen in zwei Weltkriegen im Grunde nur *eine* Lehre gezogen: er brauche die *richtigen* Verbündeten. Und das sind „die westlichen Demokratien“, vor allem der hegemoniale USA-Imperialismus, von dem Oskar Lafontaine zu Recht sagt, es gelte, ihm „in den Arm zu fallen“. Heinrich August Winkler aber glaubt – des Beifalls im Bundestag gewiss es besser zu wissen und tönt – einen von ihm kreierten „aufgeklärten Patriotismus“ in Phrasengemeinschaft mit „europäischem Imperativ“ demonstrierend – „Deutschland“ habe „alles getan, was in seinen Kräften steht, um den Zusammenhalt der Europäischen Union und des Atlantischen Bündnisses zu sichern“/3/.

Aufschlussreich ist es auch, wenn Winkler auf die europäische Friedensordnung zu sprechen kommt. Für ihn – und offenkundig auch für seine Claqueure im Bundestag – datiert sie seit der Charta von Paris der KSZE-Staaten vom 21. November 1990. Dass dem 8. Mai 1945 die Potsdamer Konferenz folgte, die mit ihren Entscheidungen Europa fast ein halbes Jahrhundert Frieden sicherte – die längste Periode europäischen Friedens seit sechs Jahrhunderten! – interessiert Winkler und seine willigen Zuhörer nicht, eben so wenig wie die Tatsache, dass das Vierteljahrhundert seit Anfang der 90er Jahre nicht durch Frieden geprägt ist, sondern durch eine Serie von Kriegen in Europa und von Europa ausgehender und angeheizter kolonialer Interventionskriege in Asien und Afrika. Offensichtlich betrachten Winkler und Co. diesen durch imperialistische Expansion und Aggression herbeigeführten menscheitsgefährdenden Zustand permanenten Unfriedens als Normalität, die 1989/90 zerstörte europäische Nachkriegsordnung von 1945, in der Frieden Normalität war, hingegen als anomal.

Besonders penetrant artikuliert Winkler die neue Dimension imperialistischen deutschen Größen- und Machtwahns, wenn er sich über die internationale Rolle der BRD auslässt. So, wenn er darauf besteht, dass Deutschland innerhalb der EU „eine besondere Verantwortung für den Zusammenhalt und die Weiterentwicklung dieser supranationalen Gemeinschaft“/4/ zukäme. Mehr noch, wenn er ganz unverblümt dem militärischen Agieren des BRD-Imperialismus in aller Welt das Wort redet. Er tut es mit dem demagogischen Verweis auf „zwingende Gründe...“, zusammen mit anderen Staaten im Sinne der ‚responsibility to protect‘, einer Schutzverantwortung der Völkergemeinschaft, tätig werden“/5/ - was sich inzwischen schon viele Jahre als zynische und freche Umschreibung imperialistischer Interventions- und Gewaltpolitik entlarvt hat.

Der erste massive Versuch, die 1945 erkämpfte Nachkriegsordnung umzustößeln und die Hegemonie des USA-Imperialismus und seiner europäischen Satelliten in der Welt durchzusetzen, erfolgte zehn Jahre nach Jalta und Potsdam – 1955. Das ist der Gegenstand unserer heutigen Konferenz. Damals wurde die imperialistische Offensive zurückgeschlagen und es gelang, das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus und des Friedens zu verändern.

Die Lehren der damaligen Auseinandersetzung herauszuarbeiten und sich im weiteren der Frage zu stellen, welche Konsequenzen einerseits der Imperialismus, andererseits die sozialistischen Staaten und die kommunistische Bewegung gezogen hatten, ist eine durchaus aktuelle Aufgabe – im Kampf gegen den Imperialismus und in der Auseinandersetzung mit seinem „Schatten“, dem Opportunismus.

**Anmerkungen**

1 junge Welt, 8. Mai 2015

2 Berliner Zeitung, 9./10. Mai 2015. (Für dieses und weitere Zitate aus der Rede von H.A. Winkler vgl. auch: Ders., Sich der Geschichte zu stellen, ist ein europäischer Imperativ. In: Das Parlament, Nr. 20-21, 11. Mai 2015, Dokumentation „Gedenkstunde...“, S. 2-4.)

3 junge Welt, 9./10. Mai 2015.

4 Ebenda.

5 Ebenda.

Georg Grasnick

## Die NATO und die Remilitarisierung Westdeutschlands

An diesem 9. Mai feiert die Bundeswehr mit einem Ball den 60. Jahrestag des Beitritts der BRD zur NATO. Ein Affront gegen den 70. Jahrestag der Befreiung der Völker von Faschismus und Krieg. Eine Provokation gegen den 70. Jahrestag des Sieges der Anti-Hitler-Koalition, der vor allem unter hohen Blutopfern der Sowjetunion erzwungen wurde. Der Jahrestag des NATO-Beitritts wird überdies durch „Ehrungen“ von Nazi-Kriegsverbrechern untersetzt. So u.a. für Rommel, Raeder, und weitere Vollstrecker des „totalen Krieges“. Auf diese Weise soll offenbar daran erinnert werden, dass die 1945 erlittene Niederlage des deutschen Militarismus eine Korrektur durch einen Neuanfang mit der Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt erfahren habe.

328 faschistische Heerführer waren seit Dezember 1945 wieder gefragt. Sie brachten nämlich im Auftrag des USA-Generalstabs in der „historical division“, der sogenannten historischen Division ihr „operatives Wissen“ aus der „Operation Barbarossa“, also dem Überfall auf die Sowjetunion, zu Papier. Zugleich unterbreiteten sie als „Lehren“ den Plan für einen neuen „Ritt gen Osten“ zu Papier. Darüber berichtete später die US-Zeitschrift „Newsweek“, der Plan greife zwar dem damaligen Stand der technischen Vorbereitungen voraus, stimme aber mit den Ansichten der westlichen Experten vom „West Point“ (der US-Militärakademie) überein. Beide gingen davon aus, dass jeder kommende Konflikt als ein Bewegungskrieg von viel schnelleren und gewaltigeren Ausmaßen als der letzte Krieg beginnen werde. Der Schlüssel zum Sieg bestehe darin, so wuchtig und weit vorzustoßen, um den Gegner aus dem Gleichgewicht zu werfen, seine Verbindungslinien zu zerstören und die Kontrolle über diesen neuen 'Kampfplatz von Europa' zu tragen. (1) Die Hitler-Generäle dachten, wie gehabt, an einen Blitzkrieg. Und sie setzten darauf, dass man es dann nicht mit einem Zweifronten-Krieg zu tun haben würde.

Sie legten auch eine Denkschrift vor, in der erklärt wurde, dass eine künftige deutsche Armee 12 Heeresdivisionen umfassen solle. Eine solche Armee müsse neben den anderen westlichen Streitkräften einen gleichberechtigten Rang haben. (2) So wurden Generäle der Hitler-Wehrmacht, die die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen getreten hatten, nicht nur Planer für einen neuen Krieg, sondern auch Gründungsväter einer neuen Bundes-Wehrmacht. Das sogenannte Amt Blank schuf später die organisatorischen und personellen Vorarbeiten für diese Streitmacht.

Die frühe Indienstnahme von Hitler-Generälen durch die USA hatte geostrategische Gründe. Am 15. April 1945, also drei Wochen vor Kriegsende in Europa und vier Monate vor dem Potsdamer Abkommen, berieten im US-Außenministerium Experten, darunter der spätere Außenminister John F. Dulles, auf die Weltherrschaft des US-Imperialismus gerichtete Projekte. Die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands spielte darin eine wesentliche Rolle. „Die Gruppe beschloss..., Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem 'Bollwerk gegen Russland' gemacht werden.“ (3) Der damalige stellvertretende US-Außenminister Grews war überzeugt: „Der kommende Krieg mit Russland liegt auf der Hand.“ (4)

Also griff man als Berater und Planer auf Vollstrecker einer Kriegführung der Ausrottung und der „verbrannten Erde“ zurück. Seitens der US-Administration bestanden keine Skrupel bei diesem Geschäft, in dem die Nazi-Generäle Schutz vor Anklage und Bestrafung für begangene Kriegsverbrechen erhielten. Der Chef der CIA-Geheimoperationen Rastzke befand später: „Es war unbedingt notwendig, dass wir jeden Schweinehund verwendeten; Hauptsache er war Antikommunist.“ (5)

Die US-Militärs handelten im Interesse ihres nach Weltherrschaft strebenden imperialistischen Staates. Die faschistischen Militärs lechzten nach Revanche für die erlittene Niederlage, nach Wiederaufleben des deutschen Militarismus. Sie bedienten mit ihren friedensfeindlichen Aktivitäten zugleich die Erwartungen des deutschen Großkapitals nach Restauration der alten Eigentums- und Machtverhältnisse.

Beide Seiten verband das gleiche Feindbild.

Das Hegemoniestreben des US-Imperialismus erwuchs aus der neuen Qualität des internationalen Status des Landes. Waren die USA im Ergebnis des Ersten Weltkrieges Großmacht ge-

worden, so im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges Supermacht, die über die Atom-Waffe verfügte. Als Hindernis für den Anspruch auf Weltherrschaft erwies sich die Sowjetunion. Das erste sozialistische Land hatte durch den Hauptanteil am Sieg der Anti-Hitler-Koalition großes Ansehen und bedeutenden internationalen Einfluss gewonnen. Sie wirkte nun als Weltmacht in der internationalen Arena. Die Beschlüsse von Jalta und Potsdam reflektierten, dass erstmals in der Geschichte eine sozialistische Großmacht die Bedingungen für eine Nachkriegszeit mit geprägt hatte.

Bereits während der Potsdamer Konferenz hatte der Militär-Industrie-Komplex der USA, repräsentiert durch Truman als Nachfolger des verstorbenen Roosevelt begonnen, Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Der von ihm befohlene Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sollte die Führung der Sowjetunion veranlassen, den Ansprüchen der USA in wesentlichen internationalen Fragen nachzugeben. Die Sowjetunion zeigte sich unbeeindruckt. Truman gab daraufhin drei Monate nach den Verbrechen an der japanischen Zivilbevölkerung Order für die „Operation Totality“. Ein Plan zur Vernichtung der Sowjetunion durch Einsatz von 20 bis 30 Atombomben. Der Kalte Krieg war eröffnet. Churchill bekräftigte dies im März 1946 in seiner Rede in Fulton im US-Bundesstaat Missouri. Die westliche Welt sei, so hetzte er, „von der kommunistischen Tyrannei bedroht“ und deshalb zur „Verteidigung“ gegen den alten „Hauptfeind des Westens“ veranlasst. Als er noch im Mai 1945 britischer Premier war, hatte Churchill seine Oberkommandierenden in Deutschland angewiesen, deutsche Truppeneinheiten für den Fall eines neuen Feldzugs gegen die Sowjetunion weiter unter Waffen zu halten.

Die USA-Administration wartete dementsprechend mit dem Plan auf, einen „Westblock“ europäischer Staaten gegen die „Bedrohung“ zu schaffen. Und für das notwendige Menschenpotenzial lag die Entscheidung ebenfalls vor: Das besiegte Deutschland müsse dem Block später unbedingt angehören.

### Kurs auf Spaltung

Die eingeleiteten Schritte der Westmächte für einen „Westblock“ und die Einrichtung eines neuen Kampfplatzes in Europa vertrugen sich allerdings nicht mit dem in Potsdam fixierten Zusammenschluss der vier Besatzungszonen in Deutschland. Die Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in den antikommunistischen Block und die Planungen für einen neuen Krieg verlangten staatlichen Strukturen, setzten staatliche Institutionen, Regierung und Parlament, voraus. So konzentrierte sich die westliche Strategie auf das „halbe Deutschland, und (auf) das ganz“, wie es Adenauer später formulierte. Die Spaltung Deutschlands mit der Konstituierung eines Separatstaates stand auf der Tagesordnung der Deutschland-Politik der Westmächte.

Sie mussten zwar in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ihren Besatzungszonen noch vortäuschen, als stünden sie zum Potsdamer Abkommen.

Doch Schritt für Schritt entsorgten es die westlichen Militärregierungen mit ihren Maßnahmen. Viermächtebeschlüsse wurden systematisch sabotiert. Im Dezember 1946 vereinbarten die US-amerikanische und die britische Militärregierung die Bildung der Bizone. Die Ende 1947 von der Sowjetunion auf der Londoner Konferenz unterbreiteten Vorschläge, die Viermächteverwaltung wiederherzustellen, eine deutsche Zentralregierung zu errichten und eine Konferenz zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland vorzubereiten, wurden abgelehnt. Der damalige US-Außenminister Marshall sprengte die Konferenz. Zufrieden mit diesem friedensfeindlichen Akt schrieb die „New York Herald Tribune“ am 20. Dezember 1947: „Wir sind am Ende der Straße angelangt, das Zeitalter Jaltas ist vorbei...Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.“

Im Januar 1948 befahlen die Chefs der US-amerikanischen und der britischen Militärregierung, Clay und Robertson, die Konstituierung des bizonalen Wirtschaftsrates. Er galt als Vorläufer einer separaten Regierung. Mit Paris wurde der Beitritt der französischen Zone zur Trizone beschlossen. Faktisch wurde die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates mit diesen Schritten beendet. Im Frühjahr 1948 wurde unter Ausschluss der UdSSR die Internationale Ruhrkontroll-Behörde konstituiert. Die Westzonen wurden mit dem Marshall-Plan politisch und wirtschaftlich in den Prozess der Blockbildung einbezogen.

Die Westmächte legten für die drei Westzonen die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung in Form des Parlamentarischen Rates fest. Die westdeutschen Ministerpräsidenten erklärten sich bereit, entsprechend den Weisungen der westlichen Militärgouverneure, eine separate Verfassung auszuarbeiten, die Geburtsurkunde für einen westdeutschen Separatstaat.

Die im Juni 1948 durchgeführte separate Währungsreform für Westdeutschland und Westberlin war nicht nur ein massiver Verstoß gegen die wirtschaftspolitischen Grundsätze von Potsdam. Sie war der bis dahin schwerste Anschlag gegen die Einheit Deutschlands. Eine von Moskau vorgeschlagene Währungsreform für ganz Deutschland war von den Westmächten sabotiert worden.

Im Mai 1949 wurde schließlich das Grundgesetz verabschiedet und damit der Bonner Separatstaat konstituiert.

Die nach Restauration der alten Eigentums- und Machtverhältnisse strebende deutsche Großbourgeoisie und die politischen Eliten in den westlichen Besatzungszonen erwiesen sich als treue Gefolgsleute der Westmächte, als beflissene Vollstrecker der Spaltung und aktive Befürworter der Pläne einer westlichen Blockbildung. Adenauer als Sprecher der restaurativen Kräfte hatte schon 1948 den an der US-Strategie orientierten außenpolitischen Kurs des künftigen westdeutschen Staates vorgezeichnet: „Der Krieg zwischen Amerika und Russland kommt auf jeden Fall, und dann müssen wir auf der richtigen Seite dabei sein.“ (6)

#### NATO auf der Tagesordnung

Im Februar 1945 hatten die USA, England und die Sowjetunion in Jalta noch feierlich erklärt: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“ Im August 1945 wurde diese Verpflichtung im Potsdamer Abkommen wiederholt. In wenigen Jahren wurden mit Aufbau eines gegen die Sowjetunion gerichteten aggressiven Netzwerkes die Erwartungen der Völker verraten.

Dem Projekt eines „Westblocks“ lagen zumindest drei Zielsetzungen zugrunde: die totale Abkehr von den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition, die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotenzials und der Ausbau Westdeutschlands als Aufmarschbasis der „Roll back“-Strategie.

Einen Monat nach Potsdam hatte sich Truman mit der Botschaft an den US-Kongress gewandt, zur „nationalen Sicherheit“ Stützpunkte einzurichten, auch auf allen überseeischen Basen. Zunächst betraf das die Türkei und Griechenland. Schon zu dieser Zeit stand für die Planer im Pentagon fest, die westlichen Besatzungszonen in Deutschland künftig zum Hauptstützpunkt und Frontstaat gegen den Sozialismus auszubauen. Und zwar, wie wiederholt dargelegt wurde, sowohl aus geographischen Gründen als auch zur Gewinnung des erforderlichen Menschenpotenzials. Die Remilitarisierung Westdeutschlands kam voran.

Der geplante „Westblock“ bedurfte der Konkretisierung. Im Dezemberheft 1945 der „Agence France Press“ war in einem vom Pentagon lancierten Beitrag zu lesen: „Das zu lösende Problem besteht in der Verteidigung gegen einen Feind aus dem Osten...Es wird daher gut sein, eine westalliierte Militärkommission zu schaffen, die aus den Stabschefs der Verbündeten besteht. Später, nach der Reorganisation Westdeutschlands, kann auch dieses in das System aufgenommen werden.“ Der „Westblock“ nahm im Frühjahr 1948 mit dem Zusammenschluss der drei Westmächte und der Benelux-Staaten zur „Westunion“ Gestalt an. Demagogisch wurde diese Union als Beistandspakt gegen den deutschen Militarismus dargestellt. Ein Ausdruck dafür, wie die gegen die Remilitarisierung auftretenden und nach Frieden gestimmte öffentliche Meinung ausgeprägt war.

Anfang Januar 1949 wurde die „Nordatlantikunion“ geschaffen. Mitglieder waren die USA, Kanada, England, Frankreich und die Benelux-Staaten. Heuchlerisch wurde verkündet: „Wir bauen den Frieden! Kollektive Sicherheit im Nordatlantikraum.“ Zur gleichen Zeit wiederholte Initiativen der Sowjetunion für Kollektive Sicherheit und einen Friedensvertrag mit Deutschland wurden mit wüster Kriegshetze gekontert. (7)

Im April 1949 erfolgte in Washington die Unterzeichnung des NATO-Vertrages.



Ein imperialistischer Aggressionsblock zur Führung eines neuen Krieges war geschaffen. „Im Zuge der Verschärfung des Ost-West-Konflikts“ und zum „Schutz gegen eine mögliche Aggression“, wie westliche Politiker und Medien verlauten ließen. Ausgerechnet die sowjetischen Maßnahmen gegen die separate Währungsreform, Maßnahmen zum Schutz der DDR-Wirtschaft und der Versorgung der DDR-Bevölkerung, wurden als Gründe offeriert. Die Bedrohungslüge wurde erneut zur ideologischen Vorbereitung für die Bildung des NATO-Paktes ins Treffen geführt, begleitet von Kriegsszenarien und Kriegsgeschrei.

Von zahlreichen geplanten Atomschlägen gegen sowjetische Städte und Verteidigungs- sowie Industriezentren war die Rede. Der bekannte US-amerikanische Kriegskorrespondent Pat Frank skizzierte die menschenverachtenden Utopie eines „Uralkrieges“: „Der dritte Weltkrieg erhielt seinen Beinamen von einer Gebirgskette: dem Ural; denn am 5. August 1949 traf die USA-Luftwaffe unter Anwendung von Atombomben die geheim gehaltenen sowjetischen Kernspaltungsanlagen im Uralgebirge. Trotz aller Schwierigkeiten war es das erfolgreichste militärische Unternehmen in der modernen Geschichte, und der darauffolgende Krieg war von viel kürzerer Dauer, als man annehmen konnte, kostete auch bedeutet weniger Geld und Blut, jedenfalls vom Standpunkt der westlichen Demokratien aus betrachtet.“ (8)

US-Militärs begleiteten den Prozess des Aufbaus eines gegen die Sowjetunion gerichteten aggressiven Netzwerkes weiterhin mit künftigen Kriegsszenarien.

Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Bradley, ereiferte sich: „Sollten wir in einen dritten Weltkrieg eintreten, so ist es die Sowjetunion, die zertrümmert werden muss.“ (9) Im September 1954 erklärte der damalige Kommandeur der US-Luftstreitkräfte im Pazifik, General Kenny: „Der Krieg mit der Sowjetunion erscheint unvermeidlich. Der Gedanke einer friedlichen Koexistenz ist nichts als Humbug.“ (10) Und der damalige NATO-Oberbefehlshaber General Gruenther meinte: „In den nächsten drei oder vier Jahren werden wir imstande sein, mittels Flugzeugen von weitem und nahem Aktionsradius, ferngelenkter Geschosse und Artillerie einen Angriff zu unternehmen. Ich habe die Atomwaffe im Auge. Von uns hängt es ab, ob es zum Dritten Weltkrieg kommt.“ (11)

Mit der Ratifizierung des NATO-Paktes waren die westlichen Besatzungstruppen im Bonner Separatstaat Bestandteile des Bündnisses geworden. Die BRD wurde Operationsfeld der NATO. Adenauer unterschrieb Ende November 1949 das sogenannte Petersberger Abkommen, das die Hohen Kommissare in den Westzonen ihm vorgelegt und das sie selbst schon signiert hatten. Das Abkommen war die deutsche Generalvollmacht für die Remilitarisierung der BRD.

Im September 1950 beschlossen die Außenminister der drei Westmächte offiziell die Einbeziehung der BRD in ihr Paktsystem und die Aufhebung von Beschränkungen für die BRD-Industrie. Außerdem gestatteten sie der Bundesregierung erste Truppeneinheiten aufzustellen. (12) Die bisher im Geheimen betriebene Aufrüstung der BRD erhielt damit offiziellen Charakter.

Im September 1951 entschieden die drei Westmächte, die BRD in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) aufzunehmen. Ein Vertragssystem wurde ausgearbeitet. Es sah die Aufstellung einer „Europa-Armee vor, in der die BRD mit fünf Kontingenten vertreten sein sollte. Ein Mehrheit des Bundestages bevollmächtigte Adenauer zur Unterzeichnung des EVG-Vertrages und des Generalvertrages und ratifizierte dann später beide Verträge. Die DDR-Volkskammer erklärte dazu: „Die Ratifizierung dieser Kriegsverträge durch die Adenauer-Regierung und die ihr hörige Mehrheit des Bonner Bundestages ist ein Akt des Staatsstreiches. Sie erfolgte gegen den Willen des deutschen Volkes, unter Vergewaltigung seines nationalen Selbstbestimmungsrechts, unter Bruch der alliierten Vereinbarungen von Jalta und Potsdam über das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag, der ihm seine nationale Einheit und ein Leben in Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit garantiert.“ (13)

Amt Blank bereitet Bundeswehr vor

Der EVG-Vertrag kam allerdings nicht zustande, da die französische Nationalversammlung die Ratifizierung verweigerte. Das hinderte die Adenauer-Regierung jedoch keineswegs daran, die Aktivitäten für die Aufstellung einer Armee voranzutreiben. Vor dem Bundestag hatte Adenauer im November 1950 erklärt: „Die Stärke (des Westens) ist nur gewährleistet, wenn die

westliche Welt ihre Verteidigung organisiert. Die westlichen Mächte sind sich ferner darin einig, dass die Kräfte zur Verteidigung nur dann ausreichen, wenn auch Deutschland seinen Beitrag dazu leistet. Das deutsche Volk kann sich davon nicht ausschließen.“ (14) Möglicherweise war diese Hilfsbereitschaft des deutschen Bundeskanzlers eine Reaktion auf die in den USA verbreitete Anti-Kriegsstimmung, die in der Forderung gipfelte „Not our boys“. US-General Collins hatte hinzugefügt: „Es ist genug, dass wir die Waffen liefern, unsere Söhne sollen nicht in Europa verbluten. Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können.“ (15)

Damit „Deutschland seinen Beitrag leisten“ könne wurde das Amt Blank geschaffen. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, die Aufstellung einer westdeutschen Armee vorzubereiten.

Im Amt Blank wirkten 15 Generale, Admirale und Generalstabsoffiziere der Wehrmacht. Darunter Heusinger, Speidel, Graf Kielmannsegg, Graf Baudissin, Ruge und viele andere. Wie auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, so wurde auch im militärischen Bereich die personelle Kontinuität gewahrt. Der britische „Daily Express“ stellte treffend fest: „Der deutsche Generalstab, die unbarmherzig wirkende Maschine, welche 100 Jahre lang der Planentwerfer eines europäischen Krieges war, ist wieder da. Der deutsche Generalstabsmeisterplan ist nur wenigen offiziellen alliierten Kreisen bekannt. Die Franzosen mit ihrer Erinnerung an drei deutsche Invasionen sind alarmiert.“ (16)

Im August 1953 hatten die Söldner-Beschaffer bereits 100.000 Mann erfasst. Schnell wuchs diese Zahl auf 400.000 Mann an. Das waren vor allem als Polizeitruppen, als sogenannte „Deutsche Dienstleistungen“ und als militärische Hilfsorganisationen rekrutierte Verbände.

Deutsche Arbeitseinheiten arbeiteten bei den drei westlichen Besatzungstreitkräften. Als Vorgesetzte fungierten jeweils Generale der Wehrmacht. Bei den US-Truppen wurden die Angehörigen der deutschen Arbeitskompanien bewaffnet. Die „FAZ“ kommentierte: „Es wird niemanden geben, der sich damit tröstet, dass es 'nur' Karabiner sind. Mit Karabinern fängt es an, mit Maschinengewehren geht es weiter, und niemand weiß, wo es aufhört.“ (17)

Bei der Industriepolizei und bei den Wach- und Arbeitskommandos waren unter falschen Namen auch Kriegsverbrecher der SS und der ehemaligen Wlassow-Armee untergetaucht. 1952 wandte sich Adenauer an den damaligen US-amerikanischen Hohen Kommissar McCloy mit dem Ersuchen, bestimmte Gesetze des Kontrollrats im Gebiet der BRD „außer Anwendung“ zu setzen.“ Konkret betraf das die Proklamation des Kontrollrats Nr. 2. Im Abschnitt I der Proklamation hieß es: „SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Einrichtungen sind vollständig und endgültig aufzulösen.“ McCloy verfuhr entsprechend dem Ersuchen Adenauers. Die erfahrenen faschistischen Kader konnten bei der weiteren Remilitarisierung freizügig agieren.

1950 wurde die Bereitschaftspolizei und 1951 der Bundesgrenzschutz aufgestellt. Beide galten als militärische Kadertruppen. Der von Göring aufgebaute Luftschutz wurde reaktiviert.

Das Amt Blank entwarf auftragsgemäß das Wehrpflichtgesetz, obwohl das Grundgesetz Kriegsdienst verbot. Es beschlagnahmte Kasernen für die spätere Bundeswehr. Es sorgte dafür, dass Waffen und Ausrüstungsgegenstände für eine Armee in US-Depots bereitgestellt wurden. Alles Vorleistungen für eine Bundeswehr, die als künftiges NATO-Mitglied schnell einsatzbereit sein sollte.

Das Amt Blank wurde 1955 Bonner Verteidigungsministerium. Von den 180 Stabsoffizieren im Ministerium waren 125 Ritterkreuzträger.

### Pflege reaktionärer Traditionen

Zum Remilitarisierungsprozess in diesen Jahren gehörte die Bildung einer Vielzahl von Soldaten- und Traditionsverbänden. Ihnen oblag es, in völliger Missachtung des Potsdamer Abkommens die alten chauvinistischen Traditionen der Kriegervereine und halb-militärischen Organisationen zu pflegen und sich an den organisatorischen Vorbereitungen des Aufbaus der Bundeswehr zu beteiligen. Diese Tätigkeit wurde mit der „Wahrnehmung sozialer Belange“ und als „Suchdienst“ für vermisste Soldaten getarnt.

In den Verbänden fanden sich faschistische Gauleiter, SS-Kommandeure, SA-Standartenführer und Hitlergenerale zusammen.

Mitte der 1950er Jahre existierten mehr als 500 Traditionsverbände, darunter auch die „Legion Condor“ und solche der SS. Einzelne Verbände wurden von schwerbelasteten Kriegsverbrechern geführt. So stand beispielsweise der Traditionskompanie „Horst Wessel“ der frühere SA-Standartenführer Prage vor. Bei der „Gemeinschaft ehemaliger SS-Männer“ wirkte als Leiter der letzte Kommandant der Leibstandarte „Adolf Hitler“, General Kumm.

Publikationsorgane dieser Kräfte hatten ihre Förderer. So wurde die „Deutsche Soldatenzeitung“ von der Adenauer-Regierung subventioniert, der „Stahlhelm“ vom Bankhaus Schröder & Co.

Schnell erschienen in Millionenaufgabe die sogenannten Landserhefte. Alter preußischer Ungeist wurde gepflegt. „Die Idee Preußen lebt weiter!“ lautete die Parole. Die althergebrachte Expansionsstrategie blieb trotz der 1945 erlittenen militärischen Niederlage erhalten. Die Bundesregierung sprach vom „Staatsbürger in Uniform“.

Der ehemalige Generalfeldmarschall von Leeb schrieb in seinem Geleitwort für den „Deutschen Soldatenkalender“ 1955: „Heute stehen wir vor der Einbeziehung Westdeutschlands in die Verteidigungsgemeinschaft der freien Welt. Eine neue jüngere Generation ist aufgestiegen. Wir alten Soldaten können nur wünschen und hoffen, dass diese neue junge Truppe von dem gleichen Geist der Treue, der Hingabe, der Kameradschaft, des Durchhaltens und der Opferbereitschaft beseelt sein möge, wie die Soldaten, die in den zurückliegenden beiden Weltkriegen die Waffen getragen und sich eingesetzt haben.“

In diesem Sinne wurden die jungen Rekruten ideologisch gedrillt. Kasernen erhielten die Namen schwerbelasteter Heerführer der Hitler-Wehrmacht.

## NATO-Mitglied BRD

Die BRD sollte auch hinsichtlich ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit ein stabiler Faktor sein. Der Marshallplan hatte dafür wichtige Anschubhilfe geleistet.

Verträge über die Montanunion, die sogenannte Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, über die Vereinigung der Kohlen- und Hüttenindustrie, der sogenannte Schuman-Plan, zwischen der BRD und westeuropäischen Staaten geschlossen, betrafen Industriezweige, die für die Rüstungsindustrie besonders wichtig waren. Zudem wurde die Macht der Schwer- und der Chemie-Industrie sowie der Banken abgesichert. Krupp, Klöckner, Thyssen, Mannesmann, Haniel, Höchst, Hoesch hatten schon in der Vorbereitung und Durchführung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges eine wesentliche Rolle gespielt. Und wiederum waren sie für die „freie Welt“ gefragt. Bereits Ende 1952 produzierten 400 Betriebe wieder Kriegsmaterial.

1952 trat der Generalvertrag zwischen den drei Westmächten und der BRD in Kraft.

Darin wurden die westlichen Besatzungstruppen umbenannt in „Truppen zur Verteidigung der freien Welt“. U.a. wurde ihnen vertragsgemäß das Recht gewährt, bei einer „schweren Störung der öffentlichen Ordnung“ die Militärdiktatur zu errichten. Die US-Zeitschrift „US News an World Report“ kommentierte die Bedeutung des Generalvertrages für den US-Imperialismus so: „Die größte Rolle in diesem neuen Europa fällt den USA zu. Amerikanische Truppen bleiben unbegrenzt in Europa. Amerikanische Waffen werden in Mengen weiter nach Europa fließen. Amerikanische Dollars werden weiter benötigt werden, um den wirtschaftlichen und militärischen Aufbau Europas zu fördern, und ein amerikanischer General wird die Streitkräfte des neuen Europa befehligen.“ (18)

Im Oktober 1954 wurde die Aufnahme der BRD in die NATO beschlossen. Die BRD wurde damit politisch und militärisch fest in die Entwicklung der Strategie des aggressiven Militärpaktes eingebunden. Die Spaltung Deutschland erreichte mit dem NATO-Beitritt ihren absoluten Höhepunkt.

Im Februar 1955 ratifizierte der Bundestag die Pariser Verträge. Sie traten nach der Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten des Paktes am 5. Mai 1955 in Kraft.

Die Pariser Verträge – das waren das Protokoll über die Aufnahme der BRD in die NATO, der sogenannten Deutschlandvertrag, die Vereinbarungen über die Stationierung ausländischer Streitkräfte in der BRD und der Vertrag über die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union.

Adenauer hob als Vorteile, die sich für den deutschen Militarismus aus den Verträgen ergäben, u.a. hervor: „erstens: Die zivile Atomforschung und Ausnutzung von Atomenergie sind frei, zweitens: Alle Waffen, die die deutschen Truppen brauchen, dürfen auch in Deutschland hergestellt werden. Die Flugzeugproduktion, abgesehen von strategischen Langstreckenbomben, ist frei.“ (19)

Die NATO-Mitgliedschaft der BRD galt – wie überhaupt für alle Mitglieder des Paktes – nicht zuletzt dem Schutz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung im allgemeinen und der Eigentumsverhältnisse im besonderen. Die bestehenden Eigentumsverhältnisse im imperialistischen Deutschland hatten sich wiederholt als Quelle von Expansionsstreben und Krieg erwiesen.

Angesichts dieser „Freiheiten“ orientierte Adenauer auf den „Tag X“: „Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“ (20) Die NATO-„Politik der Stärke“ war auch zum Reglement der Adenauer-Regierung geworden. Schon wurde davon geträumt, die Bundeswehr „mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor“ marschieren zu lassen.

Adenauer hatte einige Wochen vor der Ratifizierung des NATO-Vertrages noch einmal bekundet, dass der Antikommunismus Staatsdoktrin der BRD sei. Wörtlich: „Die Sowjetunion ist unser Todfeind. Die Wiederaufrüstung soll die Vorbereitung einer Neuordnung Osteuropas sein.“ (21)

Die angemäße Politik der Stärke und die in sie gesetzten Erwartungen wurden durch das im Dezember 1955 von einer Mehrheit des Bundestages gebilligte Waffenlieferungsabkommen mit den USA untersetzt. Es sah den Kauf von Waffen für 700 Millionen Dollar in den USA vor.

Das Grundgesetz der BRD wurde entsprechend den Remilitarisierungsanforderungen im März 1956 in zahlreichen Punkten ergänzt bzw. geändert. Das betraf u.a. die Wehrverfassung, die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte im allgemeinen und im „Verteidigungsfall“ im besonderen sowie die Einschränkung von Grundrechten im „Verteidigungsfall“.

Im Juli 1956 beschloss der Bundestag die Allgemeine Wehrpflicht. Kurz darauf veröffentlichte das Bonner Bundeswehrministerium einen Erlass. Danach wurde ehemaligen Offizieren der Waffen-SS bis zum Obersturmbannführer der Dienst in der Bundeswehr ermöglicht. (22)

Nachdem die BRD fest in den von den USA geführten aggressiven Militärpakt eingebunden war, betonte Bundeswehrminister Strauß die der bundesdeutschen Staatsdoktrin gemäße Todfeindschaft gegenüber der Sowjetunion mit den Worten: „Es gibt nur noch den Fall Rot.“ (23) Und inspiriert durch die Atomkriegsvorstellungen von US-Militärs forderte er während seiner Amtszeit wiederholt die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Im April 1957 erklärte er, „die Beratungen der NATO-Konferenz schon im Dezember 1956 haben das Problem aufgeworfen, ob...die europäischen, also die nichtamerikanischen Streitkräfte der NATO mit leichten Atomwaffen ausgestattet werden sollen. Hier ist unser Standpunkt der, dass wir Gleichberechtigung mit den übrigen europäischen Streitkräften der NATO verlangen.“ (24)

Eine Mehrheit des Bundestages ermächtigte sogar die Bundesregierung, „die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen“ auszurüsten. (25) Der Widerstand in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit verhinderte dieses wahnwitzige Bestreben.

Übrigens: Strauß' Methode, Atomwaffen zu fordern, um damit die „Gleichberechtigung Deutschlands“ zu gewähren, war keineswegs originell. Unter der Devise „Gleichberechtigung“ hatten schon die Nazis Mitte der 1930er Jahre die Aufhebung der Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen verlangt.

## BRD als „Musterknabe der NATO“

Die BRD wurde in den Jahren des Kalten Krieges zum „Musterknaben“ der NATO. Die Bundeswehrführung trug Initiativen vor zur Entwicklung einer „Vorneverteidigung“, später der „Vorwärtsstrategie“ gegen den Osten. Hintergrund - der deutsche Imperialismus baute darauf, im

Rahmen dieser Strategie auch die für ihn verlorengegangenen „Ostgebiete“, die DDR darin eingeschlossen, zurück erobern zu können. Die Bundesregierung stellte die europäischen Nachkriegsgrenzen in Frage. Mit der sogenannten Hallstein-Doktrin, dem imperialistischen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland, drohte anderen Staaten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen für den Fall an, dass sie die DDR anerkennen sollten. Im diametralen Gegensatz zu den Grundsätzen der Schlussakte von Helsinki setzte der damalige BRD-Außenminister Genscher beim NATO-Rat durch, dass das Ziel, „Deutschland in den Grenzen von 1937“ wiederherzustellen, unterstützt wurde.

Nach 20 Jahren NATO-Mitgliedschaft teilte die Bundesregierung voller Stolz mit: „Unser überragender Beitrag zur konventionellen Verteidigung drängt uns neben unseren finanziellen Leistungen immer stärker in die Rolle des nach den USA wichtigsten und einflußreichsten Partners in der Allianz.“ (26) Später legte der damalige Bundeswehrminister Apel nach, und es hörte sich schon wie die Bereitschaft zu einem Gnadentakt an: „Wenn unsere amerikanischen Freunde in der NATO um Entlastung bitten müssen, um weltweit Aufgaben übernehmen zu können, dann müssen wir uns, nach Absprache und Entscheidung in der NATO, solidarisch dazu bereit finden.“ (27)

Die politische Eliten der BRD wollten sich mit der Junior-Rolle ihres Staates nicht länger begnügen. Die BRD war, so das Bonner Selbstverständnis, „ökonomischer Riese“ geworden und wollte nicht länger „politischer Zwerg“ sein. Militärisch war man ohnehin gefragt. Die herrschenden Kräfte der BRD verstanden ihren Staat als „Großmacht im Wartestand“. Auch auf außenpolitischem Gebiet herrschte hinsichtlich des Dranges zur Weltspitze Kontinuität.

Immer wieder waren die BRD-Oberen bemüht, die Funktion des Landes als Frontstaat gegen den Sozialismus zu beweisen. Dazu gehörte, dass in den 1970er Jahren, nach einer kurzen Entspannungsphase, ihre Militärs dafür sorgten, dass die BRD Aktionsraum für die Durchführung von regelrechten Manöver-Serien des NATO-Paktes wurde. Das waren zumeist Manöver nach Vorstellungen für einen regionalen strategischen Kernwaffenkrieg. Dabei war auch ein möglicher Kernwaffeneinsatz gegen die DDR eingeplant.

#### Jahrhundertlüge im Krieg um die Köpfe

Die vom US-Imperialismus und der NATO betriebene Remilitarisierung Westdeutschlands sowie die Einbeziehung der BRD in den Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten wurden faktisch mit einer in Intervallen betriebenen antisowjetischen Dauerkampagne begleitet, die eine „Verteidigung westlicher Werte“ gegen eine angebliche, von der Sowjetunion ausgehende Gefahr beschwor.

Die Bedrohungslüge hatte schon 1917 bei der Intervention der 14 imperialistischen Mächte Pate gestanden. Als die junge Sowjetmacht, laut Churchill, „in der Wiege erstickt“ werden sollte.

Die Bedrohungslüge begleitete die Beschwichtigungspolitik rechtskonservativer Politik Großbritanniens und auch Frankreichs gegenüber Hitlerdeutschland.

Das faschistische Deutschland gebrauchte die Lüge für den Überfall auf die Sowjetunion. Die Bedrohungslüge wurde genutzt, um während des Kalten Krieges das Wettrüsten zu provozieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Lüge von einer „tödlichen Bedrohung der freien westlichen Welt durch den Kommunismus“ von den NATO-Experten der Psychologischen Kriegführung eingesetzt, um hinter der Kulisse einer angeblichen „Verteidigung“ die Strategie des „Roll back“ und auf deutschem Boden die Remilitarisierung der Westzonen zu rechtfertigen. Das während der Nazi-Diktatur über so viele Jahre verabreichte antikommunistische Gift wurde aufgefrischt.

Die NATO hat nach Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft, nach Beendigung des Kalten Krieges, der 25 Jahre zuvor von Churchill dem Sozialismus erklärt worden war, ihr Weiterbestehen erzwungen. Obwohl ihr Widerpart, der Warschauer Vertrag, nicht mehr existierte. Mit dem von der NATO zur weiteren Eindämmung Russlands inszenierten Ukraine-Konflikt

sind sie zu ihren alten aggressiven Feindbildmustern zurückgekehrt. Der Antisowjetismus gerierte zur Russophobie.

Letztendlich ging und geht es der Psychologischen Kriegführung der NATO-Staaten darum, das Geschäft der Rüstungsschmieden zu bedienen und neue Waffensysteme zu entwickeln sowie bestehende zu modernisieren. Ende der 1940er Jahre brachte der damalige US-Außenminister Dulles den Zweck der Bedrohungslüge auf einen kurzen Nenner: „Um das Land zu veranlassen, die Bürde zu tragen, die der Unterhalt starker Streitkräfte bedeutet, muss man eine emotionale Atmosphäre schaffen, die der Psychologie eines Krieges verwandt ist. Man muss die Vorstellung einer Bedrohung von außen erzeugen.“ (28)

Der Kampf um die Köpfe, die Manipulierung der Menschen, hat im Imperialismus eine hohe Perfektion erreicht.

„Nie wieder!“ gewinnt höchste Aktualität

Der festliche Ball der Bundeswehr anlässlich des 60. Jahrestages ihres NATO-Beitritts soll offenbar bekräftigen:

\* Die vier Jahrzehnte erzwungener, so genannter „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ hat man hinter sich gelassen. Seit dem Ende des Sozialismus in Europa ist die Bundeswehr „Streitmacht im Einsatz“. In bekannter Tradition stellt sie dabei immer wieder einen Wesenszug des Militarismus, nämlich die Missachtung und Verletzung der nationalen Souveränität anderer Völker, unter Beweis.

Die Bundeswehr hat in sechs Jahrzehnten ihrer NATO-Mitgliedschaft ihre Verbundenheit mit ihren Geburtshelfern und ersten Chefs, mit den von Kriegsverbrechen schwer belasteten Generälen der Nazi-Wehrmacht und der von ihnen vertretenen militaristischen Tradition bewiesen.

Die Bundeswehr nahm und nimmt an den vom US-Imperialismus geführten Weltordnungskriegen mit direkten Auslandseinsätzen, mit der Aufklärung von „Feindzielen“ für den Einsatz US-amerikanischer Bomben- und Drohnenangriffe oder mit logistischer Unterstützung der US-Streitkräfte teil. Die Bundeswehr hat Anteil an der Globalisierung des militärischen Interventionismus. Krieg ist zum ständigen Begleiter der Völker geworden. Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus.

Die Bundeswehr verfährt nach dem Modus der US-Generalität, auf der Seite des Feindes keine Toten zu zählen. Was sie keinesfalls von der Mitschuld am Tod von bisher fast zwei Millionen Menschen und dem Elend von Millionen und Abermillionen Kriegsflüchtlingen befreit, von Opfern sogenannter Weltordnungskriege.

Die Bundeswehr operiert nun als „Speerspitze“ einer „Schnellen Eingreiftruppe“ in den baltischen Staaten und damit auf dem Territorium der früheren Sowjetunion. Sie sorgt für einen Aggressionsschub bei der NATO-Osterweiterung. Der deutsche NATO-Oberbefehlshaber für Nord- und Osteuropa General Domröse hat schon weitere Operationen für seine Streitkräfte „angedacht“. Weshalb er verlangt, die „NATO muss sich fit machen für eine mögliche Kriegführung im 21. Jahrhundert“ (29) Bundeswehr-Ministerin von der Leyen wählt dafür die Worte: „Deutschland ist bereit, international eine sicherheitspolitische Führungsrolle zu übernehmen.“

Vor 60 Jahren hat der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay gesagt, welche Aufgabe sich das Atlantische Bündnis u.a. stelle. Nämlich: „Um Russland draußen, die Deutschen klein, und die Amerikaner in Europa zu halten.“ (30) Die Illusion, den deutschen Imperialismus „klein zu halten“, endet, wie bittere Erfahrungen lehren, stets mit einem bösen Erwachen. Die Unterschätzung des deutschen Imperialismus und Militarismus durch westliche Beschwichtigungspolitiker ermunterte den deutschen Faschismus, den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Die gegenwärtigen Bestrebungen dieses Imperialismus, einen dritten Versuch zu unternehmen, um an die Weltspitze zu gelangen, werden von der politischen Elite hierzulande scheinheilig als „größere Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ dargeboten.

Die Erfahrungen der Völker in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten besagen: NATO bedeutet Krieg. Frieden verlangt, dass Deutschland aus dem aggressiven Militärpakt ausscheidet und dass die NATO aufgelöst wird.

Das vor 70 Jahren nach der Befreiung von Faschismus und Krieg erhoffte und geforderte „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ hat höchste Aktualität.

#### Quellennachweis

- 1 Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstarren des deutschen Imperialismus, Sachsenverlag 1951, S. 131/132
- 2 Neues Deutschland, 26. Oktober 2010
- 3 IMI-Analyse 2005/18, vom 16. Juli 2005
- 4 ebenda
- 5 Zit. in: C. Simpson, Der amerikanische Bumerang, Wien 1988, S. 195
- 6 Gesamtdeutsche Rundschau, 6. September 1957
- 7 Karl Bittel, Atlantikpakt oder kollektive Sicherheit für Europa, Dietz Verlag Berlin, 1954, S. 21
- 8 News Week, 18. August 1947
- 9 Neue Zeit, Moskau, 1954, Nr. 44
- 10 Verschwörung gegen Deutschland, Berlin, o.D.
- 11 ebenda
- 12 Die Spaltung Deutschlands und der Weg zur Wiedervereinigung, Verlag Zeit im Bild, Dresden 1966, S. 43
- 13 ebenda, S. 51
- 14 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 98. Sitzung, Bonn, 8. November 1950, S. 3566/67
- 15 Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik, a.a.O., S. 147
- 16 Daily Express, 16. Juli 1951
- 17 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 1950
- 18 US News and World Report, 6. Juni 1952
- 19 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, 46. Sitzung, Bonn, 5. Oktober 1954, S. 2232
- 20 DPA, 16. November 1954
- 21 Stuttgarter Zeitung, 22. März 1952
- 22 Weißbuch über die Politik der beiden deutschen Staaten – Frieden oder Atomkrieg? Hrsg. MfAA der DDR, Mai 1960, S.26
- 23 Die Welt, 14. November 1956
- 24 Hessischer Rundfunk, 8. April 1957
- 25 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 21. Sitzung, Bonn, 25. März 1958, S. 1169
- 26 Standortbestimmung – 20 Jahre Bundeswehr, Bonn 1975, S. 128
- 27 Europäische Wehrkunde, München, 8/1979, S. 403
- 28 J.F. Dulles, Krieg und Frieden, Stuttgart 1950, S.67
- 29 Junge Welt, Berlin, 9. November 2014
- 30 [www.iws-magazin.de](http://www.iws-magazin.de)>iws Aktuell

Arno Neuber

## Der Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD

Am 6. Juni 1955 wurde das "Amt Blank" in "Bundesministerium für Verteidigung" umbenannt und Theodor Blank als erster Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland vereidigt.

Eine erste Etappe der Remilitarisierung Westdeutschlands, die unmittelbar nach der totalen Niederlage der Wehrmacht und des Nazi-Faschismus begann, fand damit ihren Abschluss.

### Nie wieder

"Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen", hatte Franz Josef Strauß nach 1945 getönt.

Und der SPD-Politiker Carlo Schmid erklärte 1946: *"Wir wollen unsere Söhne niemals mehr in die Kasernen schicken, und wenn noch einmal irgendwo der Wahnsinn des Krieges ausbrechen sollte, dann wollen wir eher untergehen und dabei das Bewusstsein haben, dass nicht wir Verbrechen begangen und gefördert haben. In einem wollen wir kategorisch sein: Wir wollen in Deutschland keinen Krieg mehr führen, und wir wollen darum auch keine Vorbereitungen treffen, die das Kriegführen ermöglichen können, weder im politischen noch im wirtschaftlichen Sinne."*<sup>1</sup>

Auch Konrad Adenauer gab sich pazifistisch:

*"Wir sind einverstanden, dass wir völlig abgerüstet werden, dass unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird (...) Ja, ich will noch weitergehen, ich glaube, dass die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden."*<sup>2</sup>

Diese Äußerungen führender Politiker der westlichen Besatzungszonen standen in Einklang mit der Stimmung und Überzeugung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Aber sie dienten lediglich dem Zweck zu verbergen, was hinter den Kulissen geschah. Schon bald nach dem 8. Mai 1945 machten sich westdeutsche Politiker, ehemalige Wehrmachtsgeneräle und US-amerikanische Militärs daran, Deutschland erneut aufzurüsten und - wie es damals noch entwaffnend offen hieß - so schnell wie möglich eine neue deutsche Wehrmacht aufzubauen.

Bekannt wurde eine Besprechung amerikanischer Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer am 15. April 1945 im US-Außenministerium, bei der verabredet wurde, "Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem Bollwerk gegen Russland gemacht werden."<sup>3</sup>

Konrad Adenauer pflegte schon früh beste Kontakte zu führenden Wehrmachtsgenerälen. "Es gab ein beachtliches militärisches Netzwerk", das für den späteren Kanzler beratend tätig war. Bereits im November 1945 soll eine erste Denkschrift von General Speidel an Adenauer gegangen sein.<sup>4</sup>

"Seit 1947 hatten sich unter größter Diskretion private Gesprächsrunden politischer und militärischer Fachleute organisiert. Unter wohlwollender Duldung der amerikanischen und britischen militärischen Geheimdienste wurden die Treffen sogar institutionalisiert."<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Zitiert nach Matthias Münch: Bundeswehr - Gefahr für die Demokratie? Köln, 1983

<sup>2</sup> Rheinische Post vom 30.12.46, hier zitiert nach: Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Hamburg, 1973.

Am 24.06.51 klang es bei Adenauer schon ganz anders: "Wer die Neutralität und Demilitarisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf allerersten Ranges oder ein Verräter".

<sup>3</sup> Zitiert nach Eckart Dietzfelbinger: Die westdeutsche Friedensbewegung 1948-1955. Dort zitiert nach: Neuer Vorwärts, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hannover, 3.12.1954.

<sup>4</sup> Detlef Bald: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München, 2005.

<sup>5</sup> Detlef Bald, Seite 21.



Im Dezember 1948 beauftragte Adenauer den General mit der Ausarbeitung eines geheimen Memorandums über "1. die augenblickliche Unvermeidlichkeit einer Wiederaufrüstung und 2. ihren ungefähren Umfang und Charakter".<sup>6</sup>

Auch der Parteivorstand der SPD diskutierte Ende 1948 Militärfragen und sprach sich für die Einbeziehung Westdeutschlands in ein Militärbündnis nach Art des Brüsseler Paktes aus.

### Die erste Wehrdebatte

War dies den Menschen in Westdeutschland weitgehend unbekannt, so konnte man in britischen und US-amerikanischen Zeitungen bereits recht offene Aussagen lesen.

Am 21. März 1949, kurz vor Unterzeichnung des Nordatlantik-Paktes, erläuterte Adenauer einem Korrespondenten der Presseagentur UP, es sei "eine der ersten Aufgaben einer westdeutschen Regierung", den Beitritt Westdeutschlands zur NATO zu vollziehen.<sup>7</sup>

Am 3. Dezember 1949 gab Adenauer im Kanzleramt dem Korrespondenten einer Zeitung aus Cleveland, Ohio („Cleveland Plain Dealer“) ein Interview, in dem er die „Schaffung einer europäischen Armee, der auch deutsche Soldaten angehören sollten“<sup>8</sup> vorschlug.

Das Interview löste eine heftige Diskussion aus. Die Stuttgarter Zeitung kommentierte den Vorgang am 6.12.1949 unter der Überschrift "Landsknechte gesucht" und schrieb. "Die Entwicklung hat jetzt einen Punkt erreicht, an dem die deutsche Öffentlichkeit nicht mehr schweigend zusehen kann."

Die KPD-Fraktion im Bundestag verlangte, dass der Kanzler dem Parlament Rede und Antwort steht. Nachdem Adenauer noch am 6. Dezember sich öffentlich als Gegner der Wiederaufrüstung bezeichnet und der Bundestagspräsident den KPD-Antrag zunächst für nicht zulässig erklärt hatte, befasste sich am 16. Dezember 1949 zum ersten Mal der Bundestag mit der Remilitarisierung.

Der Bonner Journalist und Publizist Norbert Tönnies bezeichnet es in seiner Chronik der Remilitarisierung aus dem Jahre 1957 als einen „Treppenwitz der deutschen Nachkriegsentwicklung (...) dass die erste Bundestagsdebatte über die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages auf einen Antrag der damaligen kommunistischen Bundestagsfraktion zurückging.“<sup>9</sup>

Natürlich war es alles andere als das. Es war vielmehr bezeichnend für das Demokratieverständnis des Bundeskanzlers, dass er in ausländischen Medien die Wiederbewaffnung erörterte und heimlich Vorkehrungen traf, das Parlament aber nicht informierte.

In der Bundestagssitzung vom 16. Dezember 1949 antwortete Adenauer auf fünf konkrete schriftliche Fragen der KPD-Abgeordneten mit nichts anderem als den fünf Worten: Nein, Nein, Nein, Nein, Nein. Fünf offensichtliche Lügen.

Eine offene Debatte wollten offensichtlich auch die bürgerlichen Fraktionen im Bundestag nicht. „In einer interfraktionellen Vereinbarung waren alle Parteien des Bundestages rechts der KPD darin übereingekommen, keine offene Wehrdebatte durchzuführen, sondern in individuellen Fraktionsstellungen zu sagen, was man glaubte sagen zu müssen“<sup>10</sup>, notiert Tönnies.

Es bleibt festzuhalten, dass sich in der Politik der Remilitarisierung verschiedene Interessenstränge zusammenfanden. Dazu gehört "das Interesse der politischen Kreise um Konrad Adenauer an einer starken Armee, möglichst mit Atomwaffen, auf die sie ihre Politik stützen und die Wiedereinverleibung der 'Sowjetzone' erreichen konnten.

<sup>6</sup> Lorenz Knorr: Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Köln, 1983. Seite 36.

<sup>7</sup> Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955. Restauration und Spaltung. Köln, 1979. Seite 412.

<sup>8</sup> Tönnies, Seite 51.

<sup>9</sup> Norbert Tönnies: Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949-1957. Mit einem Vorwort von Bundesminister für Verteidigung Franz Josef Strauß. Köln, 1957. Seite 51.

<sup>10</sup> Tönnies, Seite 53.

Zweitens das Interesse der alten Wehrmachtsführung an ihrer Rehabilitierung und der Wiederbelebung der militaristischen deutschen Traditionen.

Zum Dritten - und ohne das ging es nicht - das Interesse des US-Imperialismus an deutschen Hilfskräften im Kampf gegen die Sowjetunion und die Zurückdrängung des Sozialismus.

Sowohl die Adenauer-Regierung als auch die US-Führung waren auf die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges aus. „Adenauers erstes außenpolitisches Ziel war die Wiedereinverleibung der 'Sowjetzone' und die US-Politik betrieb unter den Schlagworten 'containment' und 'roll back' den globalen Kampf gegen den Sozialismus.“<sup>11</sup>

Es macht es sich daher zu leicht, wer wie der Marburger Wissenschaftler Wilfried von Bredow in seinem Lehrbuch zu "Militär und Demokratie in Deutschland" meint, es brauche "nicht betont zu werden, dass es in erster Linie die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten waren, die ihren 'neuen' Verbündeten das Tempo"<sup>12</sup> der Remilitarisierung vorgaben. Im Staatsverständnis der westdeutschen Eliten war eine starke Armee die notwendige Voraussetzung für einen souveränen Staat und sie war es umso mehr, als Adenauer und die ihn stützenden Kräfte im Militär die einzige Option auf den Anschluss 'der Zone' sahen.

### Ohne uns

In einem Memorandum vom August 1950 hatte Kanzler Adenauer ohne Rücksprache mit der Bundesregierung und ohne Information und Beteiligung des Parlamentes dem US-Hochkommissar McCloy deutsche Truppen im Rahmen „einer internationalen westeuropäischen Armee“ angeboten.

Außerdem verlangte er „die Verstärkung der Besatzungstruppen“ und die Genehmigung zum Aufbau einer Polizeitruppe gegen „offene oder getarnte Aktionen“, für die laut Adenauer „eine kommunistische fünfte Kolonne“ seit September 1949 in den Westzonen bereit stünde.<sup>13</sup>

Aus Protest dagegen trat der damalige Innenminister Gustav Heinemann am 31.08.1950 zurück. In einer Denkschrift vom 13. Oktober 1950 fasste Heinemann seine Beweggründe zusammen:

„Die Aufstellung deutscher Truppen bedeutet eine schwere Belastung unserer sozialen Gestaltungsmöglichkeiten (...) Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche Beteiligung auf Russland provozierend wirken würde. Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes Missbehagen auslöst, was wird es in Russland auslösen, das den furortetonicus in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat? (...) Ein europäischer Krieg unter unserer Beteiligung wird für uns nicht nur ein nationaler Krieg sein wie für die anderen betroffenen Völker, sondern obendrein ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche. Er wird sich, so wie die Dinge liegen, auf deutschem Boden abspielen (...) Aber wir legitimieren unser Deutschland selbst als Schlachtfeld, wenn wir uns in die Aufrüstung einbeziehen.“<sup>14</sup>

Am 26. Oktober 1950 richtete Adenauer eine Dienststelle für Fragen der Remilitarisierung ein, die ihm direkt unterstellt war. Ihr Name war eine typisch Adenauersche Verschleierung: "Bevollmächtigter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen". Leiter wurde der CDU-Abgeordnete Theodor Blank.

Während im Verborgenen weiter die Remilitarisierung vorbereitet wurde, entwickelte sich der Widerstand.

Zunächst spontan entstand Ende 1950 die „Ohne uns“-Bewegung. Waren es anfangs vor allem Kriegswitwen, -waisen und -invaliden, die Protestbriefe schrieben und Versammlungen veranstalteten, nahmen die Aktionen bald organisiertere Formen an und wuchsen im Laufe der

<sup>11</sup> Arno Neuber: 60 Jahre auf dem "deutschen Weg". In: Marxistische Blätter, Nr. 2/2005.

<sup>12</sup> Wilfried von Bredow: Militär und Demokratie in Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden, 2008. Seite 82.

<sup>13</sup> Tönnies, Seite 72/73.

<sup>14</sup> Zitiert nach Lorenz Knorr: Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Köln, 1983, Seite 35/36.

Jahre 1951/52 in eine breite Bewegung für eine Volksbefragung zur Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages hinüber.<sup>15</sup>

Meinungsumfragen aus dem Jahr 1950 belegen die breite Ablehnung der Wiederaufrüstung in der westdeutschen Bevölkerung. Im Januar 1950 fragte das Emnid-Institut „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder dass Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?“ 74,5 Prozent der Befragten antworteten mit Nein.<sup>16</sup>

Bereits am 5. Mai 1949 hatte sich das Vorbereitungskomitee der Friedensbewegung in Westdeutschland konstituiert, die koordinierende Führungsgruppe nannte sich später „Friedenskomitee der BRD“. Der Antikriegstag, der in den Jahren 1947-49 vor allem von Arbeiterjugend-Organisationen am 1. September mit Veranstaltungen und Kundgebungen begangen wurde, erreichte 1950 einen ersten Höhepunkt in der Beteiligung. Aus dieser Zeit stammt das Zitat von Carlo Schmid, Mitglied des Parteivorstandes der SPD: „Der Antimilitarismus ist die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Krieg geworden.“<sup>17</sup>

Pazifistische und christliche Gruppen wie die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK), der Internationale Versöhnungsbund und der Friedensbund Deutscher Katholiken gründeten am 23. Oktober 1949 die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF).<sup>18</sup>

Anfang April 1950 konstituierte sich der Demokratische Frauenbund Deutschland (DFD). Als Hauptaufgabe des Verbandes wurde beschlossen, dafür zu wirken, "dass der Frieden erhalten bleibt und jede Vorbereitung eines neuen Krieges verhindert wird, dass die Einheit unseres Vaterlandes wiederhergestellt wird und ein Friedensvertrag für Deutschland abgeschlossen wird."<sup>19</sup>

Der zweite evangelische Kirchentag im August 1950 in Essen positionierte sich eindeutig gegen die Remilitarisierung. Der bürgerliche „Nauheimer Kreis“ trat für eine international garantierte Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands mit Friedensvertrag ein. So unterschiedlich die Gruppen waren, sie unterstützten alle, mit Ausnahme der SPD-Führung, eine koordinierte Zusammenarbeit aller Aufrüstungsgegner, unabhängig von ideologischer Ausrichtung und Organisation.

Die KPD legte am 16. März 1950 dem Bundestag einen Gesetzentwurf vor, der die Herstellung und Einführung von Waffen untersagte, ebenso den Handel mit jeglicher Art von Kriegsmaterial und die Beteiligung an ausländischen Rüstungsunternehmen.

Im Frühsommer 1950 wurden für einen Appell des Weltfriedensrates zur Ächtung von Atomwaffen in kurzer Zeit zwei Millionen Unterschriften gesammelt. Zur gleichen Zeit gab es in der BRD rund 600 örtliche und regionale Friedensinitiativen.

Im Juni 1950 wurde öffentlich bekannt, dass die US-amerikanische Besatzungsmacht am Loreleyfelsen Sprenglöcher, Sprengschächte und -tunnels anlegen ließ. Es wurden Vorbereitungen getroffen, um im Kriegsfall „mit der Sprengung des mächtigen Felsens den Rhein an seiner engsten Stelle zuzuschütten und so das ganze Rheintal zu überfluten. Westdeutschland sollte für den Gegner – gemeint war die Sowjetunion – unpassierbar gemacht werden.“<sup>20</sup> Auch die Rheinuferstraßen und sämtliche Brücken wurden für Sprengungen vorbereitet.

In den Betrieben garte es. Ende 1950 nutzten die westdeutschen Zechenbesitzer den erhöhten Kohlebedarf der US-amerikanischen Schwer- und Rüstungsindustrie, der durch den Koreakrieg ausgelöst wurde, um verstärkt Sonderschichten für die Bergleute anzuordnen. Die Sonder-

<sup>15</sup> Ulrich Albrecht: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln, 1980, Seite 35.

<sup>16</sup> Lorenz Knorr, Seite 41

<sup>17</sup> Lorenz Knorr, Seite 42

<sup>18</sup> Eckart Dietzfelbinger: Die westdeutsche Friedensbewegung 1948 bis 1955. Die Protestaktionen gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 1984. Seite 55.

<sup>19</sup> Ingeborg Nödinger: Frauen gegen Wiederaufrüstung. Der Demokratische Frauenbund Deutschland (DFD) im antimilitaristischen Widerstand (1950 bis 1957). Frankfurt am Main, 1983. Seite 41.

<sup>20</sup> Dietzfelbinger, Seite 70.

schichten wurden von den Kumpels "Panzerschichten" genannt. Die KPD gab die Losung heraus: "Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten". Aus spontanen Aktionen entwickelte sich eine politische Streikbewegung gegen den Rüstungskurs. Und die Aktionseinheit der Bergleute hatte Erfolg, trotz Polizeieinsätzen und Verhaftungen. Ende Januar 1951 mussten die Sonderschichten abgesetzt werden.<sup>21</sup>

Hatten 1950 rund 80.000 Arbeiter an Streiks teilgenommen, waren es im Folgejahr doppelt so viele. "Die Streiks erfassten insgesamt 1.878 Betriebe. Die Arbeitsniederlegungen trugen einen ausgeprägt politischen Charakter. Wirtschaftliche und sozialpolitische Forderungen waren häufig mit dem Verlangen nach Verzicht auf die Wiederaufrüstung gekoppelt."<sup>22</sup>

Einen wichtigen Impuls für die Friedensbewegung gab Martin Niemöller, der Adenauer aufgefordert hatte, eine Volksbefragung über die Wiederaufrüstung durchzuführen. Auf einem breit getragenen Friedens-Kongress am 20. Januar 1951 in Essen wurde ein „Manifest gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ beschlossen und ein Ausschuss zur Vorbereitung einer Volksbefragung gewählt.

Die Frage, die der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wurde, lautete: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“

Die Stimmung in der Bevölkerung war eindeutig im Sinne eines Ja zu dieser Frage.

Die KPD orientierte daher im Kampf gegen die Remilitarisierung auf "die Erweiterung der Friedensbewegung in Westdeutschland. In diesen Kampf sind alle Massenorganisationen in Stadt und Land sowie auch die nicht organisierten Massen einzubeziehen."<sup>23</sup>

Die Bundesregierung versuchte mit einem Verbot der Volksbefragung am 24.04.1951 zu verhindern, dass diese Stimmung zu einer politischen Manifestation gegen ihre Politik wird. Innenminister Lehr begründete das Verbot damit, dass die Volksbefragung auf einen „Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundesgebietes“ abziele.<sup>24</sup>

Auch die SPD-Führung unterstützte das Verbot mit der formaljuristischen Argumentation, im Grundgesetz sei keine Volksbefragung vorgesehen.

Einen Eindruck von der Hetze gegen die Volksbefragung verschafft ein Blick in das Protokoll der Bundestagssitzung vom 26. April 1951.<sup>25</sup> Als erster sprach der CDU-Angeordnete Brookmann.

„Im Zuge des von den Sowjets inszenierten kalten Krieges (Abg. Renner: Kalter Kaffee!) und nachdem die Grotewohl-Briefaktion und der sogenannte Appell der Volkskammer kein Echo in Westdeutschland gefunden haben, (Abg. Renner: Bei euch nicht! — Zurufe von der KPD: Das ist doch ein Witz! — Das glauben Sie selber nicht!) hat man von sowjetzonaler Seite eine neue Aktion gestartet und in Essen kürzlich einen Hauptausschuss für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrags im Jahre 1951 gegründet (...)

Meine Damen und Herren, der Zweck der Interpellation ist, von der Regierung einmal zu erfahren, was sie gegen diese Aktion zu unternehmen gedenkt. Ich darf zunächst einmal mit einer gewissen Befriedigung feststellen, dass das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen sofort nach der Errichtung dieses Zentralausschusses insoweit reagiert hat, als es der Presse ein Kommuniké übergab und darin die deutsche Öffentlichkeit über die wahren Hintergründe und über die eigentlichen Regisseure dieses Unternehmens aufklärte. (Zuruf des Abg. Renner.)

<sup>21</sup> Fritz Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949-55. Frankfurt am Main, 1971. Seite 62.

<sup>22</sup> Jan Wienecke/Fritz Krause: Unser Marsch ist eine gute Sache. Ostermärsche damals - heute. Frankfurt am Main, 1982.

<sup>23</sup> Entschließung des Münchner Parteitags der KPD, 3.-5.3.1951: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. In: Günter Judick/Josef Schleifstein/Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente, Band 1. Neuss, 1989.

<sup>24</sup> Zitiert nach Udo Mayer und Gerhard Stuby: Das lädierte Grundgesetz. Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949-1976. Köln, 1977. Seite 15.

<sup>25</sup> Deutscher Bundestag – 139. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. April 1951. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/01/01139.pdf>

Ich bin der Meinung, dass das nicht genügt. Politische Erklärungen oder Demonstrationen oder auch Manifestationen (Abg. Rische: Polizei wollen Sie!) können heute nicht mehr genügen.

(Abg. Rische: Zuchthäuser wollen Sie!) Wir wollen von der Regierung wissen, welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, um diese verfassungswidrige Aktion zu unterbinden. (Abg. Renner: Ja, ja, kann ich Ihnen nachfühlen! — Weitere Zurufe von der KPD.)

Meine Damen und Herren, worauf spekuliert man seitens der sowjetzonalen Machthaber und seitens der Herren Renner und Genossen in Westdeutschland? (Lachen bei der KPD.)

Letztlich doch nur auf die politische Naivität breiter Volkskreise. Man spekuliert sogar auf das natürliche und gesunde Empfinden des deutschen Volkes für den Gedanken des Friedens. Man spekuliert auf die Unwissenheit über die wahren Hintergründe dieses ganzen teuflischen Unternehmens.“

Innenminister Lehr griff die vorbereitete Provokation dankbar auf.

„Die SED-Politiker der Sowjetzone führen zur Zeit den bisher massivsten Angriff gegen die Bundesregierung. Alle Kräfte der politischen Organisationen des Kommunismus sind für die sogenannte Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und den Abschluss eines Friedensvertrages 1951 planmäßig eingesetzt. (Bravo! bei der KPD.) Die Aktion ist seit längerer Zeit planmäßig und umfassend vorbereitet und zielt in Wirklichkeit auf einen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundesgebietes ab.“

Bekannt ist das Wort Adenauers, dass alle, die für ein neutrales Deutschland eintreten, entweder Dummköpfe oder Verräter seien. Die Niederländer Rudy Kousbroek fasste die Hemmungslosigkeit des Antikommunismus 1954 treffend zusammen und konstatierte, dass "man sich nicht mehr auf das Bekämpfen des Kommunismus beschränkt, sondern dass man das, was man bekämpfen will, Kommunismus nennt."<sup>26</sup>

Da sowohl die Westmächte, als auch die Adenauer-Regierung entschlossen waren, Westdeutschland ohne Rücksicht auf die Folgen militärisch aufzurüsten und in ein westliches Militärbündnis einzugliedern, wurden Vorschläge der DDR-Regierung und der Sowjetunion niemals ernsthaft erwogen, sondern stets propagandistisch verteufelt.

So gab es auch keinen Spielraum für Kompromissvorschläge der außerparlamentarische Opposition.

Antikommunistische Zugeständnisse bürgerlicher Friedensaktivisten verfehlten daher ihren Zweck und nutzten den militaristischen Kräften.

„Eine Grundschwäche der Opposition gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung“, so die Einschätzung von Ulrich Albrecht, „war schließlich ihre Gespaltenheit.“<sup>27</sup>

## Die SPD

Auf dem Hamburger Parteitag der Sozialdemokraten im Mai 1950 wurde die Remilitarisierung noch unmissverständlich abgelehnt. „Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Beschluss des Parteivorstandes, sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab.“<sup>28</sup>

Schon zu diesem Zeitpunkt hatten aber entscheidende Führungszirkel der SPD ganz andere Positionen und Pläne. Im November 1950 erklärte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher im Bundestag, dass seine Partei nichts einzuwenden habe gegen eine „genaue, exakte, gewissenhaft verantwortliche politische und militärische Untersuchung der Voraussetzungen eines deutschen Beitrags.“ Und er entwickelte auch, unter welchen Voraussetzungen die SPD auf den Re-

<sup>26</sup> Michael Werner: Zur Relevanz der "Ohne mich"-Bewegung in der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag. In: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955. Essen, 2010. Seite 84.

<sup>27</sup> Ulrich Albrecht, Seite 37.

<sup>28</sup> Zitiert nach Udo Mayer und Gerhard Stuby: Das lädierte Grundgesetz. Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949-1976. Köln, 1977. Seite 13.

militarisierungskurs einschwenken wollte. „Nur wenn die demokratischen Streitkräfte hier in Deutschland so stark sind, dass sie die Kraft haben, bei einem Angriff aus dem Osten im sofortigen Gegenstoß die Kriegsentscheidung außerhalb der deutschen Grenzen zu tragen, nur dann kann das deutsche Volk seinen militärischen Beitrag für die Verteidigung in der Welt leisten.“<sup>29</sup>

Noch während der Konferenz der Außenminister der Westmächte in New York, bei der die deutsche Remilitarisierung auf der Tagesordnung stand und Adenauers Memorandum vorlag, veröffentlichte die Deutsche Presseagentur Auszüge einer Rede von Kurt Schumacher vor SPD-Funktionären aus Baden-Württemberg, in der er ausführt: „Wir sind bereit, wieder Waffen zu tragen, wenn die westlichen Alliierten mit uns das gleiche Risiko und die gleiche Chance der Abwehr eines sowjetischen Angriffs übernehmen und sich mit größtmöglicher Macht an der Elbe etablieren.“<sup>30</sup>

„Die öffentlich erklärte Ablehnung der Adenauerschen Militärpolitik hinderte die SPD-Führung nicht daran, sich seit Sommer 1950 an den laufenden Vorarbeiten der Bundesregierung über die Aufstellung einer westdeutschen Armee zu beteiligen.“<sup>31</sup>

Allein in den Monaten September und Oktober 1950 traf sich Kurt Schumacher siebenmal mit den ehemaligen Wehrmachtsgenerälen Speidel und Heusinger, die zu den engsten militärischen Beratern Adenauers gehörten. Dabei ging es nicht mehr um pro oder contra neue deutsche Wehrmacht, sondern nur noch um die geeignete Form einer neuen (west-)deutschen Armee.

Der Beschluss von Hamburg blieb offizielle Position der SPD bis zum Berliner Parteitag 1954, „wo erstmals eine sozialdemokratische Teilnahme an der Wiederaufrüstung nicht mehr prinzipiell abgelehnt, sondern nur noch von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht wurde.“<sup>32</sup>

In der Praxis jedoch war der Hamburger Beschluss spätestens seit Beginn des Korea-Krieges nur Teil eines „rein taktischen Verhaltens geworden, das auf Ablehnung der Aufrüstungsbeschlüsse, aber Teilnahme an deren Durchführung hinauslief.“<sup>33</sup>

## Die Gewerkschaften

Die widersprüchliche Position des DGB spiegelt eine Entschließung des Bundesvorstandes von Ende 1950 wider, in der einerseits die "Wiedererrichtung einer selbständigen deutschen Armee" abgelehnt wird und es anschließend heißt: "Andererseits sind sich die deutschen Gewerkschaften darüber klar, dass eine Verteidigung der westlichen Kultur und der persönlichen Freiheit auch an Deutschland Anforderungen stellt, denen sich das deutsche Volk nicht verschließen kann.“<sup>34</sup>

Obwohl die Stimmung unter den Mitgliedern eindeutig gegen die Remilitarisierung war und sich der Widerstand in Betrieben, in den Einzelgewerkschaften und DGB-Verwaltungsstellen vor Ort, in der Gewerkschaftsjugend formierte, warnte der DGB Bundesvorstand im Januar 1951 die Gewerkschaftsmitglieder vor einer Teilnahme an der Volksbefragung.

Dennoch war die Beteiligung in den Betrieben groß. Das zeigen zahlreiche Beispiele aus Nürnberg, Mannheim, Stuttgart und vielen anderen Städten. Auf Betriebsversammlungen forderten die Beschäftigten der Duisburger und Esslinger Straßenbahnen, der Daimler-Werke in Sindelfingen, die Beschäftigten von Lanz in Mannheim die Durchführung der Volksbefragung. Mitgliederversammlungen der IG Bau, Steine, Erden in Neustadt an der Weinstraße, der Holzarbei-

<sup>29</sup> Udo Mayer und Gerhard Stuby, Seite 13.

<sup>30</sup> Tönnies, Seite 75.

<sup>31</sup> Gerhard Stuby: Die SPD während der Phase des kalten Krieges bis zum Godesberger Parteitag (1949-1959). In: v. Freyberg u.a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975. Köln, 1975. Seite 319.

<sup>32</sup> Karl A. Otto, Seite 86.

<sup>33</sup> Karl A. Otto, Seite 87.

<sup>34</sup> Zitiert nach Johannes M. Becker: Die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland und das deutsch-französische Verhältnis. Die Haltung führender Offiziere beider Länder (1945-1955). Marburg, 1987.

tergewerkschaft in Offenbach oder der IG Chemie in Offenburg und Freiburg taten es ihnen gleich. Die Bosch-Belegschaft in Stuttgart stimmte mit überwältigender Mehrheit gegen eine Remilitarisierung, in den BASF-Werken gaben über 20.000 Arbeiter und Angestellte ihre Stimme ab.

Das sind nur einige wenige Beispiele, die deutlich machen sollen, welche gewaltige Wirkung der Widerstand der Belegschaften in den Betrieben hätte entfalten können, wenn die Gewerkschaftsführungen ihn aktiv und einmütig unterstützt hätten.

Im Dezember 1951 hielt das Bundesvorstandsmitglied Ludwig Rosenberg vor dem DGB-Bundesausschuss ein Referat, in dem für die Mitwirkung des DGB bei der Wiederbewaffnung geworben wurde. Es gab keinen Widerspruch der versammelten Funktionäre.

Während der Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge im Frühjahr 1952 wuchs die Oppositionsstimmung an der Basis der Gewerkschaften weiter an und führte zu zahlreichen Streikaktionen. Allein in Süddeutschland fanden bis Februar 1952 in 65 Betrieben Warnstreiks statt, in Nordrhein-Westfalen wurden 24 Warn- und Proteststreiks gezählt.

Die Haltung der DGB-Spitze führte zu einer „Folge von innerorganisatorischen Rebellionen“<sup>35</sup>, die schließlich personelle Konsequenzen hatten.

Auf dem zweiten Bundeskongress des DGB Mitte Oktober 1952 in Westberlin stand die Remilitarisierungsfrage gar nicht auf der Tagesordnung. Ein Antrag auf Debatte zum Thema wurde auf Empfehlung des DGB-Vorsitzenden Christian Fette abgelehnt. Dennoch kam es im Anschluss an das Referat des Vorsitzenden zu einer ausführlichen Diskussion. In der Konsequenz wurden Fette und sein Stellvertreter nicht wieder in ihre Ämter gewählt, Anträge gegen die Remilitarisierung wurden jedoch von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Im folgenden Jahr blendete der DGB das Thema einfach aus, obwohl die Bundestagswahlen vor der Tür standen und der Bundestag die EVG-Verträge ratifiziert hatte. Gleichzeitig distanzierte sich der DGB öffentlich von jedem Gedanken an einen Generalstreik gegen die Remilitarisierungspläne.

Mit dieser Position blieb der Gewerkschaftsbund für die entscheidende Phase des Widerstandes in den Jahren 1950/51 "gestalt- und wirkungslos", wie Ulrich Albrecht feststellte.<sup>36</sup>

## Kampf um Helgoland

Ende Dezember 1950 landeten die Studenten René Leudesdorff und Georg von Hatzfeld auf Helgoland, das der britischen Luftwaffe als Bombenabwurfplatz diente. Sie hissten dort neben der Flagge Helgolands die Fahnen der BRD und die Europaflagge. In einer von Leudesdorff verfassten Denkschrift wird vorgeschlagen, "Helgoland bis zur Bildung der Vereinten Nationen von Europa den Status eines unabhängigen Freistaates zu geben".<sup>37</sup>

Bis in die ersten Januartage des Jahres 1951 waren es 15 „Invasoren“, die die Insel besetzt hielten und weltweites Aufsehen erregten und Sympathie ernteten.

Nachdem die Bombenabwürfe zunächst wieder aufgenommen worden waren, gelang es am 23. Februar 1951 sieben Jugendlichen auf Helgoland zu landen. Sie waren Mitglieder der FDJ, der Gewerkschaftsjugend und von Sportverbänden. Der Helgoländer Heimatverein „Halluner-Moats“ sowie die „Deutsche Aktion Helgoland“, die mit der studentischen Besetzung sympathisierte, distanzierten sich jedoch von dieser Aktion.

Anfang April 1951 gelang es fünfzehn Jugendlichen, darunter Mitgliedern der FDJ und der Falken, auf der Insel zu landen. Sie richteten sich im ehemaligen Flakturm ein und hissten die Flaggen Helgolands, der BRD und die blaue Fahne mit weißer Taube der Friedensbewegung.

<sup>35</sup> Karl A. Otto, Seite 79.

<sup>36</sup> Ulrich Albrecht: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln, 1980. Seite 49.

<sup>37</sup> René Leudesdorff: Wir befreien Helgoland. Die friedliche Invasion 1950/51. Husum/Nordsee, 1987.

Insgesamt folgten fünf Besetzungen der Insel, an denen sich Mitglieder der Guttemplerjugend, der FDJ, der Falken, der Evangelischen und Katholischen Jugend, dem Bund Europäischer Jugend sowie der Schreiberjugend beteiligten, wie Marianne Wilke zum Jahrestag der Befreiung der Insel in der UZ berichtete.<sup>38</sup>

Ein Höhepunkt der Proteste war eine Aktion von einhundert Helgoländer Fischern im Juli 1951, die mit achtzehn Kuttern die Insel anliefen, um auf ihre Fischfanginteressen aufmerksam zu machen.

Am 1. März 1952 reagierten die Briten auf die Aktionen und die immer größer werdende internationale Beachtung, die sie fanden und gaben die Insel an die Bundesrepublik zurück.

## Die Volksbefragung

In einem Interview mit dem Autor berichtet Hilde Wagner aus Karlsruhe über ihre persönlichen Erlebnisse:

„Bei der Durchführung der Volksbefragung gab es die unterschiedlichsten Formen und Methoden. Es gab Abstimmungen in Versammlungen von Parteien und Organisationen, in Betriebsversammlungen, Vereinsversammlungen, Kinos und Kulturveranstaltungen, ja im Theater. Es gab Abstimmungen vor Betrieben und in Wohnungen.

Ich z.B. habe damals die Volksbefragung in Mannheim mit organisiert und durchgeführt. Wir standen morgens vor den Betrieben und verteilten Flugblätter, welchen wir Stimmzettel beigefügt hatten. Wir teilten den Kollegen mit, dass wir nach Feierabend mit Urnen vor dem Betrieb stünden und die Zettel einsammeln würden. Wir baten die Kolleginnen und Kollegen, ihren Stimmzettel schon auszufüllen und abends in die Urne zu werfen, was von bis zu 90% der Belegschaften so gemacht wurde. Oft erschien die Polizei und beschlagnahmte unsere Urnen. Wir beriefen uns dann darauf, dass die Polizei die beschlagnahmten Gegenstände bescheinigen müsste und die Polizisten waren dazu auch bereit. Sie bescheinigte uns, soundso viele Urnen, mit soundso vielen Stimmzetteln, davon soundsoviel Ja-Stimmen und soundsoviel Nein-Stimmen beschlagnahmt zu haben. Damit hatten wir sozusagen sehr schnell vor Ort die amtliche Bestätigung unserer Tätigkeit. Die Bescheinigungen lieferten wir dann beim Volksbefragungsausschuss in Mannheim ab.

Wir führten auch sehr viele Volksbefragungen bei Hausbesuchen in Wohnungen durch, mit einem Wort gesagt, wir waren damals Tag für Tag, Woche für Woche unermüdlich für den Frieden unterwegs.“<sup>39</sup>

Die Volksbefragungsaktion wurde Mitte März 1952 beendet. Am 16.03.1952 tagte das erweiterte Präsidium des Hauptausschusses in Hohensyburg (Westfalen) und veröffentlichte einen Schlussbericht über die Aktion.

Danach wurden 71.812 Befragungsaktionen in Betrieben, Stadtteilen und Dörfern durchgeführt. Es gab 6.136 öffentliche Versammlungen und Kundgebungen. Dazu kamen gewerkschaftliche Urabstimmungen, Entschließungen von Organisationen und Umfragen von Zeitungen und Universitäten. Dabei sprachen sich „9.119.667 Männer, Frauen und Jugendliche der Bundesrepublik, des Saargebietes und der Westsektoren Berlins für den sofortigen Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und gegen jede Remilitarisierung und Wiederaufrüstung aus.

In persönlicher Abstimmung bejahten von 6.267.302 befragten Deutschen auf Versammlungen, Kundgebungen und mit Stimmzetteln, die in Urnen gesammelt wurden, 5.917.683 (= 94,41 %) die gleiche Forderung.“<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Marianne Wilke: Helgolandbefreiung ohne Befreier gefeiert. In: Unsere Zeit - Zeitung der DKP, 9. März 2012. <http://dkp-online.de/uz/4410/s0201.htm>

<sup>39</sup> Arno Neuber: Fragen an Hilde Wagner. <http://www.dkp-karlsruhe.de/geschichte/hildewagner/fragen-an-hilde-17.html>

<sup>40</sup> Dietzfelbinger, Seite 105.



„Der Ausschuss registrierte 8.781 polizeiliche Einsätze gegen die Volksbefragungsaktionen. Dabei wurden 7.331 Helfer verhaftet und mehr als 1.000 Gerichtsverfahren eingeleitet.“<sup>41</sup> Das alles in einem Zeitraum von zwölf Monaten.

Das Ergebnis wurde von den Staatsorganen stets in Zweifel gezogen. Der Umfang der Repression zeigt aber deutlich, wie verunsichert Regierung und Staatsapparat waren.

Zu Adenauers politischen Gewissheiten gehörte stets die Furcht, die Westdeutschen würden, vor die Wahl gestellt zwischen Remilitarisierung mit Westbindung oder Neutralität plus Einheit, die falsche Wahl treffen. Der britische Hochkommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, notierte noch im Dezember 1955 in einem geheimen Memorandum: "Dr. Adenauer lässt (...) mitteilen, dass er diesen Plan [die sowjetische Deutschland-Initiative, A.N.] ablehnt. Der Grund dafür sei schlicht, dass er kein Vertrauen zu deutsche[n]m Volk habe. Ihn treibe die Furcht um, dass sich, wenn er einmal nicht mehr da sei, eine deutsche Regierung auf ein Geschäft mit den Russen auf Kosten der Deutschen einlassen könnte. Er habe daraus für sich den Schluss gezogen, dass die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger sei als die Wiedervereinigung."<sup>42</sup>

## Jugendkarawane

Am 2. März 1952 fand in Darmstadt ein "Westdeutsches Treffen der Jungen Generation" statt. Eingeladen hatte der "Darmstädter Aktionskreis". Es kamen rund 1.200 Jugendliche aus kirchlichen Jugendverbänden, Falken, Gewerkschafts- und Naturfreundejugend, Pfadfinder, pazifistischen Gruppen, der bündischen Deutschen Jungenschaft und der DRK-Jugend. Das Treffen rief zur Bildung lokaler Aktionsgruppen "unter Ausschluss von Verfechtern totalitärer Systeme und Ideologien"<sup>43</sup> auf.

Auf einer Arbeitstagung am 1. Mai wurde beschlossen, für den 11. Mai zu einer Jugendkarawane nach Essen einzuladen. Man wollte mehrere Zehntausend Jugendliche mobilisieren. Auf einer Abschlusskundgebung sollten Gustav Heinemann, Pfarrer Hans Meyer und der Landesvorsitzende der Falken, Rudi Arndt, sprechen.

Am 10. Mai, also am Tag vor der Massenaktion, erließ die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ein Verbot mit der Begründung, es stünden nicht genügend Ordnungskräfte zum Schutz der Veranstaltung zur Verfügung.

Dennoch kamen rund 30.000 Jugendliche nach Essen, viele hatten von dem kurzfristigen Verbot gar nichts mitbekommen. Vor der Gruga-Halle warteten bereits Hundertschaften von Polizisten, die mit Gummiknüppeln und Schüssen die Demonstranten auseinandertrieben. Es gab mehrere Schwerverletzte, der 21jährige Arbeiter Philipp Müller aus München wurde von einem Polizisten erschossen. 260 Jugendliche wurden verhaftet.

## Neue Etappe der Auseinandersetzung

Als die Öffentlichkeit erfuhr, dass Adenauer Ende Mai 1952 die Militärverträge (Generalvertrag und EVG-Abkommen) unterzeichnen wollte, flammte der Protest erneut auf.

Die Bundesregierung reagierte mit einer Verschärfung der Repression.

Am 11. Juli 1952 wurde das Strafrechtsänderungsgesetz, Blitzgesetz genannt, erlassen. Die Strafbestände des Hoch- und Landesverrates wurden damit „gefährlich und dehnbar formuliert“.<sup>44</sup>

<sup>41</sup> Fritz Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949-55. Frankfurt am Main, 1971. Seite 103.

<sup>42</sup> Kirkpatrick's Memorandum vom 16.12.1955. In: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955. Essen, 2010. Seite 29.

<sup>43</sup> Karl A. Otto, Seite 83.

<sup>44</sup> Fritz Krause, Seite 117.

Bei einer Vielzahl darauf folgender Prozesse machten die Richter "von den ihnen belassenen Handlungsspielräumen (...) reichlich, geradezu exzessiv Gebrauch."<sup>45</sup>

Mit dem Vorwurf der "Wühlarbeit" übernahmen die Richter einen Kampfbegriff, mit dem schon die Nazi-Richter ihr drakonisches Vorgehen gegen jede Regung von Widerstand gerechtfertigt hatten.

"Mundtot gemacht wurden alle Kritiker, die kein remilitarisiertes Deutschland wollten und eigene friedenspolitische Vorstellungen jenseits des Kalten Krieges entwickelten und es nicht ablehnten, unter allen in dieser existenziellen Frage Gleichgesinnten nach Bündnispartnern zu suchen."<sup>46</sup>

"Staatsanwaltschaft und Gericht operierten mit dem juristischer Konstruktionsphantasie entsprungenen Begriff der 'Kontaktschuld'.<sup>47</sup> Diether Posser vergleicht diese Konstruktion mit der griechischen Sagenwelt, in der alles, was der König Midas berührt, zu lebensfeindlichem Gold wird. "So wurde alles, was Kommunisten unterstützten, sofort verfassungsfeindlich. Das war die Faustregel der Urteilsfindung."<sup>48</sup>

Und es darf nicht vergessen werden, "dass die Richter und Staatsanwälte, die in den 50er und 60er Jahren Kommunisten und andere Antifaschisten für die Betätigung ihrer Gesinnung bestrafte, noch dieselben waren, die schon unter Hitler gedient" hatten.<sup>49</sup>

## Paulskirche

Am 29. Januar 1955 tagte in der Frankfurter Paulskirche, dem Ort, an dem 1848-49 die erste frei gewählte Volksvertretung gearbeitet hatte, eine Versammlung der Gegner der Pariser Verträge. Der Einladerkreis repräsentierte ein breites Bündnis. Dazu gehörten der DGB-Vorsitzende Walter Freitag, der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer, Gustav Heinemann, die Professoren Helmut Gollwitzer, Renate Riemeck und Alfred Weber. Die Versammlung verabschiedete ein „Deutsches Manifest“, das in den Pariser Verträgen die Gefahr einer vertieften Spaltung Deutschlands und die Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa sah.

Die Kundgebung in der Paulskirche stand unter dem Motto "Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus!"

Die SPD-Führung tat alles, um Kommunisten aus Führungspositionen der Bewegung auszuschließen. Die ließen sich dennoch „nicht in ihrer festen Linie beirren, alle Aktionen konsequent zu ermutigen und zu unterstützen.“<sup>50</sup>

In Folge kam es, nach Einschätzung der KPD, „zu den umfassendsten Massenaktionen, die es bis dahin im antiimperialistischen Kampf in der Bundesrepublik gegeben hatte.“<sup>51</sup>

Die SPD kündigte zur Jahreswende 1954/55 „ein Kampffahr“ gegen die Remilitarisierung mit 6.000 Veranstaltungen, Kundgebungen, Schweigemärschen und Fackelzügen im gesamten Bundesgebiet an. Gleichzeitig gab sie zu erkennen, dass sie die Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag respektieren werde.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützte jetzt die Protestbewegung mit zahlreichen Kundgebungen und Veranstaltungen.

<sup>45</sup> Helmut Kramer: Die justizielle Verfolgung der westdeutschen Friedensbewegung in der frühen Bundesrepublik. In: Detlef Bald/Wolfram Wetze (Hrsg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955. Essen, 2010. Seite 49.

<sup>46</sup> Helmut Kramer, Seite 53.

<sup>47</sup> Helmut Kramer, Seite 56.

<sup>48</sup> Diether Posser: Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968. München, 1991. Seite 253.

<sup>49</sup> Heinrich Hannover: Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges. In: Friedrich-Martin Balzer: Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Köln, 2006. Seite 10.

<sup>50</sup> Max Reimann: Entscheidungen 1945-1956. Frankfurt am Main, 1973. Seite 222.

<sup>51</sup> Max Reimann: Entscheidungen 1945-1956. Frankfurt am Main, 1973. Seite 221-222.

Die KPD, die wegen der staatlichen Verfolgung nur noch halblegal arbeiten konnte, organisierte zu Jahresbeginn eine Kampfwoche gegen Remilitarisierung mit Demonstrationen in mehreren Städten.

Auch die DFG und die IdK organisierten Demonstrationen, bei denen auch Gewerkschaftsfunktionäre und SPD-Abgeordnete auftraten.

Der Demokratische Frauenbund (DFD) protestierte bei eigenen Aktionen mit der Losung „Nicht Wehrstellen sondern Lehrstellen“.

Trotz der breiten Bewegung, die zahllose Menschen im Protest vereinte, hatten die Aktionen die Schwäche, dass sie ausschließlich auf die parlamentarischen Abstimmungsprozesse orientiert waren. Im Bundestag waren die Mehrheitsverhältnisse für die Wiederbewaffnung längst fest gefügt. Allein die KPD hatte mit ihrem Vorschlag, jetzt von der Volksbefragung zur Volksabstimmung voranzuschreiten, eine Aktionslosung anzubieten, die Erfolg versprach, wenn sie außerhalb der Parlamente, in den Betrieben Unterstützung fand.

Dafür aber war die SPD-Führung nicht zu haben. Offensichtlich wollte sie lediglich den Protest kanalisieren und wenn möglich daraus wahlpolitische Erfolge machen.

Am 24. Februar 1955 begann trotz Protesten im Bundestag die Ratifizierungsdebatte zu den Pariser Verträgen. Die zweite Lesung am 26. Februar wurde mit der Zustimmung der Regierungsparteien zu den Verträgen abgeschlossen.

Danach verebbte der Protest rasch.

## Bilanz

Die Bewegung gegen die Remilitarisierung bestand aus sehr unterschiedlichen Kräften. Man rechnet, dass es mehr als 250 Gruppierungen gab, die auf unterschiedlichem organisatorischem Niveau und ausgehend von sehr verschiedenen politischen Ansätzen sich gegen eine Wiederbewaffnung aussprachen und einsetzten.

Ein wirksames Mittel zur Spaltung und Lähmung der Bewegung war der Antikommunismus, der von der herrschenden Propaganda bis zur Hysterie betrieben wurde und der auch diverse bürgerliche Gruppen und Persönlichkeiten zu Abgrenzungsmaßnahmen veranlasste und oftmals ein koordiniertes Vorgehen verhinderte oder gar zu einem Gegeneinander führte.

Die Verfolgungsmaßnahmen des Staatsapparates richteten sich zielstrebig gegen die konsequentesten und am besten organisierten Gegner der Remilitarisierung, gegen die KPD, die FDJ, die VVN und andere Organisationen und schwächten so den Widerstand entscheidend.

Zwar hat die Friedensbewegung die Remilitarisierung der BRD, ihre Integration in das westliche Kriegsbündnis NATO, nicht verhindern können, dennoch wurden die Pläne der Militaristen entscheidend gestört und ihre Realisierung um Jahre verhindert.

"Hätte Adenauer sein Konzept rasch - sagen wir einmal: 1953 - durchsetzen können, dann wäre das zeitlich mit einer Phase US-amerikanischer Politik zusammengefallen, in der die US-Amerikaner ernsthaft mit dem Konzept des 'Roll back' durch Gewaltaktionen gespielt haben. Adenauer hat wohl ziemlich realistisch darauf spekuliert, dass in der EVG die Bundesrepublik bald der ausschlaggebende Faktor geworden wäre. Sie hätte dann - in Übereinstimmung mit der 'Roll-back'-Politik - darangehen können, die DDR und die neuen polnischen Westgebiete auf ihre Weise zu 'befreien'. Wäre das geschehen, so wäre das die unmittelbare Gefahr eines Dritten Weltkrieges und einer welthistorischen Katastrophe geworden (...) Es bleibt das ungeheure Verdienst der Friedensbewegung, dass sie durch diese Verzögerung, die sie erzwungen hat, doch eine potentielle Katastrophe abgewendet hat."<sup>52</sup>

<sup>52</sup> Wolfgang Abendroth: Im Gespräch mit Frank Deppe, Klaus Fritzsche, Georg Fülberth, Christoph Jetter, Gert Meyer. Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Marburg, 1982. Seite 21/22.

Prof. Dr. Anton Latzo

## Die Warschauer Vertragsorganisation und die DDR

Für die DDR, wie auch für die anderen Mitgliedstaaten, war die Zusammenarbeit im Rahmen der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) eine objektive und lebenswichtige äußere Bedingung

- a) für die Sicherung der Existenz und die Gewährleistung der äußeren Sicherheit sowie
- b) für das internationale Wirksamwerden der DDR.

Während der ganzen Zeit ihrer Existenz erwies sich die Warschauer Vertragsorganisation als ein zuverlässiges und wirksames Instrument gemeinsamer und koordinierter Friedenspolitik und als militärpolitisches Bündnis sozialistischer Staaten.

Er war das erste derartige internationale Friedensbündnis in der Geschichte.

Die Warschauer Vertragsorganisation war das erste internationale außen- und militärpolitische Bündnissystem sozialistischer Staaten.

Seine Gründung erfolgte auf der Grundlage der Erfordernisse des internationalen Klassen- und Friedenskampfes. In den folgenden Jahren wurden der Charakter der Organisation, der Inhalt und die Prinzipien der Zusammenarbeit der Staaten immer stärker vom sozialistischen Charakter der sozialistischen Gesellschaftsordnung geprägt.

Die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit ergab sich für die DDR und für alle Mitglieder der WVO

- a) aus den internationalen Bedingungen und aus dem Verlauf der internationalen Klassenauseinandersetzung,
- b) aus der geographischen Lage der DDR an der Grenze zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa,
- c) aus der Nachbarschaft zur BRD, deren herrschende und regierende Kreise unter Negation der Lehren des zweiten Weltkrieg und Bruch der entsprechenden Vereinbarungen der Alliierten eine Politik der territorialen Revision und der politischen und sozialen Revanche betrieben haben,
- d) sowie aus der inneren gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der sozialistischen DDR, woraus sich die Notwendigkeit ergab, gemeinsam mit den Bündnispartnern günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen,
- e) aus der Verpflichtung zur Friedenserhaltung, zur Verwirklichung der Lehre des zweiten Weltkrieges, des Schwurs von Buchenwald.

### Bedingungen der internationalen Auseinandersetzung - Schaffung der NATO

Entgegen den Lehren der Geschichte und gegen den Willen breiter Kreise der Bevölkerung ihrer Länder begannen die Regierenden der imperialistischen Staaten unter Führung der USA schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ihre antikommunistische Konzeption fortzuschreiben und in praktische, den Frieden und die Sicherheit der Völker gefährdende Maßnahmen umzusetzen. Die USA folgten dabei der von Präsident Truman schon kurz nach dem Kriege formulierten Schlussfolgerung, „dass der Sieg (im zweiten Weltkrieg über den Faschismus – A.L.) dem amerikanischen Volk die ständige Verantwortung für die Führung in der Welt übertragen hat“.

Zu den ergriffenen Maßnahmen gehörten u.a. der Marshallplan, die Gründung der NATO 1949, der SEATO im Jahre 1954 und des Bagdad-Paktes (später CENTO) im Jahre 1955.

Inhaltlich waren diese Maßnahmen von der imperialistischen und konterrevolutionären Doktrin der „Zurückdrängung des Kommunismus“ bestimmt, weil man im Kommunismus und der Sowjetunion die Haupthindernisse für die Realisierung der imperialistischen Ziele sah.

Als wichtigstes Instrument zur Verwirklichung dieser Doktrin wurde die NATO mit dem Ziel geschaffen, die imperialistische „Politik der Stärke“ zu verwirklichen.

Das politisch-strategische Denken, in dem die NATO 1949 gegründet wurde, wurde deutlich, als Truman vor den Außenministern der NATO am Vorabend ihrer Gründung erklärte, es gehe darum, „zuerst den Weltkommunismus einzudämmen und dann zu besiegen“ (Die Welt vom 3. April 1999, S. 9)

Dieses Denken hielt sich – mit Abstufungen und Schattierungen - bis zur Niederlage des Sozialismus in den Staaten der WVO. Und, machen wir uns nichts vor: dieses Denken wird in Variationen, die den jeweiligen Bedingungen angepasst sind, bis in die Gegenwart praktiziert und ist auch für die Zukunft gültig. Überaus deutlich ist in diesem Sinne Präsident Reagan in einer Rede am 8. Juni 1982 geworden, als er programmatisch einen „Kreuzzug“ proklamierte, der „den Marxismus-Leninismus auf dem Aschehaufen der Geschichte zurücklassen wird“. (Europa-Archiv, Bonn, Folge 17/1982, S. D 421)

Mit seiner Strategie hat der Imperialismus, auch unter Ausnutzung von Fehlentwicklungen und Problemen in den sozialistischen Staaten, die SU und die anderen sozialistischen Staaten in einem Zustand der permanenten materiellen und geistigen Anspannung gehalten.

Angesichts der auftretenden Probleme in der Entwicklung der führenden Parteien in diesen Staaten und besonders in der Sowjetunion war der Sozialismus diesem Druck auf die Dauer nicht gewachsen.

In Verbindung mit den zur Verfügung stehenden ökonomischen Potenzen der imperialistischen Hauptmächte, einem breiten Spektrum der ideologischen Diversion (Menschenrechte u.a.) sowie mit einem wirkungsvollen Feldzug in den elektronischen Medien wurde zielstrebig auch das betrieben, was Autoren das Totrücken des Sozialismus bezeichnen.

Zur Anwendung kamen, unter Berücksichtigung des militärischen Kräfteverhältnisses, mehr und mehr die militärischen (militaristischen) Politikvarianten unterhalb eines großen Krieges.

Unabhängig von den jeweiligen Kräfteverhältnissen in verschiedenen Perioden hat die NATO zugleich bewiesen, dass sie, dass die USA und ihre imperialistischen Verbündeten zur Anwendung von Gewalt bereit waren.

#### Von Zielen und Prinzipien der Antihitlerkoalition losgesagt

Die USA, Großbritannien und Frankreich hatten sich schon kurz nach dem zweiten Weltkrieg von den Zielen der Antihitlerkoalition losgesagt und die Politik des „kalten Krieges“ gegen die SU, die volksdemokratischen Staaten und gegen die DDR eingeleitet. Sie verfolgten eine Politik der Drohung mit dem Atomwaffenmonopol, des Wirtschaftsboykotts und des Antikommunismus. Dafür stehen: die Rede Churchills in Fulton (1946). Es folgte (1947) die Verkündung der Truman-Doktrin, der Marshallplan usw. Bestandteil dieser Politik war auch die Wiedererrichtung der Macht der Monopole in der BRD und ihrer Politik, die eine erneute Aufnahme der innen- und außenpolitischen Fäden anstrebte, die mit 1945 gekappt waren

Die Gefahren wurden besonders in Zusammenhang mit dem Revanchismus und der Wiederherstellung des Militarismus in der BRD verschärft. Die imperialistischen Mächte sowie das deutsche Monopolkapital und die in seinem Auftrag Regierenden in der BRD strebten zielgerichtet danach, die BRD in die NATO einzubeziehen. Darin erblickten sie eines der wichtigsten Mittel, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern und Voraussetzungen für die Beseitigung des Sozialismus zu schaffen. Die Bedeutung, die diese Mächte der BRD in ihrer antisozialistischen und den Frieden bedrohenden Politik beimaßen, verdeutlichte der spätere Präsident der USA, Eisenhower, schon im Jahre 1952, als er erklärte: „Als dem geographischen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung für den Kontinent zu. Mit Westdeutschland an unserer Seite werden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden.“ (Jahresbericht Eisenhowers vom 2. April 1952, Zitiert nach: Weißbuch über den Generalkriegsvertrag, Berlin 1952, S. 44)

## Reaktion der sich herausbildenden sozialistischen Staaten

In Erkenntnis der Gefahren, die sich aus dieser Politik ergaben, unterbreitete die UdSSR im Februar 1954 auf der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte einen mit den volksdemokratischen Staaten abgestimmten Entwurf eines „Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa“. Dieser sah vor, ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu schaffen, das jeden Versuch, den Frieden in Europa zu verletzen, verhindern sollte. Teilnehmer an diesem Vertrag sollten alle europäischen Staaten, einschließlich der DDR und der BRD, sein, „die die Ziele anerkennen und die Verpflichtungen übernehmen, die in dem Vertrag vorgesehen sind“. Da die Westmächte darauf bestanden, erklärte sich die Sowjetunion auch mit der Teilnahme der USA bereit.

Es heißt wörtlich, dass der Vertrag „der Bildung von Gruppierungen der einen europäischen Staaten gegen die anderen europäischen Staaten, die Verschärfung und Reibungen in den Beziehungen zwischen den Ländern hervorruff“, vorbeugen sollte und „eine Übereinstimmung der Bemühungen aller europäischen Staaten zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa“ erzielen.

Die Annahme des Vorschlags hätte es ermöglicht, eine umfassende gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit in Europa zu entwickeln und die von den NATO-Staaten vollzogene Spaltung des Kontinents zu überwinden.

Das entsprach offensichtlich nicht den Zielen der NATO-Hauptmächte und auch nicht denen der BRD. Diese hielten nach wie vor an der Politik des „Zurückrollens des Kommunismus“ fest und schürten statt dessen Antikommunismus und Völkerhass. So äußerte der damalige Bundeskanzler der BRD auf einer Kundgebung schon am 20. Juli 1952: „Jeder von uns und namentlich jeder von uns katholischen Christen ist verpflichtet, mitzutun und mitzuhandeln, denn glauben Sie: Es geht darum, ob Europa christlich bleibt oder ob Europa heidnisch wird ... (Er hat nicht von „islamisch“ gesprochen!! - A.L.)

Mit einem totalitären Staat kann man nun einmal nicht sprechen, wie mit einem lieben Bruder. Ein totalitärer Staat versteht nur eins: er hört dann, wenn der, mit dem er spricht, auch Macht hat. Und diese Macht muss sich Europa verschaffen.“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 22.07.1952)

Dieses Denken kommt von Leuten, die damals die Leitlinien der Politik bestimmten! Dass es kein emotionaler Ausrutscher, sondern Konzept war, bestätigte Adenauer im Februar 1953: „Wir können versuchen, solche junge Bauern, namentlich wenn sie ziemlich frei sind, dem Bauernstand zu erhalten, damit sie eines Tages wieder mit dazu beitragen können, den Osten zu kolonisieren. Ich glaube, man wird dieser Aufgabe diesen Namen geben können.“ (a.a.O. Vom 3.2.1953)

Und 1955, im Jahr der Ratifizierung der Pariser Verträge, bekräftigte der Bundeskanzler: „Es ist meine Überzeugung, dass alle Verhandlungen mit den Sowjets auf der Stärke beruhen müssen. Ich glaube, dass Amerika und ein vereinigtes Europa stark genug sein werden, um den Sowjets Respekt einzuflößen.“ (FAZ, 13.4.1955)

Die Sowjetunion führte ihre Bemühungen fort und erneuerte in einer Note an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 24 Juli 1954 den Vorschlag eine Konferenz aller europäischen Staaten einzuberufen, auf der über die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa beraten werden sollte.

Die NATO-Hauptmächte betrieben dagegen die Eingliederung der BRD, in der der vom USA-Imperialismus geförderte Militarismus und Revanchismus wiedererstanden waren, in die NATO. Das erhöhte die Aggressivität dieses Paktes und die Gefahren für Frieden in Europa und auch für die Existenz der DDR.

Statt konstruktiv auf die Vorschläge der Sowjetunion einzugehen, betrieben die Westmächte die Unterzeichnung der Pariser Verträge im Oktober 1954 und ihr Inkrafttreten im Mai 1955.

Entgegen allen demagogischen Erklärungen wurde damit die auf Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges abzielende Politik der aggressiven Kreise des Monopolkapitals in der BRD offiziell zum Bestandteil der Strategie und Taktik des NATO-Paktes.

Die antisowjetische und antisozialistische Stoßrichtung wurde verstärkt.

Die territoriale Integrität der Staaten wurde von der NATO offen in Frage gestellt. Die Souveränität der Staaten wurde angegriffen. Die Gefahr für den Frieden und für die weitere Existenz von Staaten, einschließlich der DDR, in den Grenzen, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden waren, wurde bedroht.

Die Oder/Neiße Grenze wurde zur Disposition gestellt.

Hinter den Forderungen der BRD standen jetzt die NATO und das gesamte militärische Potenzial dieser Organisation. Eine akute Gefahr für den Frieden in Europa war entstanden.

#### Schritte der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten

Dennoch, am 13. November 1954, nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge im Oktober 1954 und vor ihrer Ratifizierung im Mai 1955, wandte sich die UdSSR an alle europäischen Staaten und an die USA mit dem Vorschlag, noch vor der Ratifizierung der Pariser Verträge eine Konferenz über die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa für den 29. November 1954 nach Paris einzuberufen.

Da die angesprochenen kapitalistischen Staaten eine Teilnahme ablehnten, fand die erste Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa vom 29. November bis 2. Dezember 1954 in Moskau statt.

Daran nahmen Vertreter der sozialistischen Staaten und ein Vertreter der VR China als Beobachter teil.

Die teilnehmenden Staaten lenkten die Aufmerksamkeit aller europäischen Staaten darauf, dass die Verwirklichung der Pariser Verträge zu einer ernsten Verschlechterung der internationalen Lage in Europa führen würde. Sie schlugen vor, ein wirksames Sicherheitssystem zu schaffen. „Dieses Sicherheitssystem, begründet auf der Teilnahme aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung, würde es möglich machen, die Bemühungen der europäischen Staaten im Interesse der Gewährleistung des Friedens in Europa zu vereinen“. Seine Teilnehmer sollten die Verpflichtung übernehmen, alle Streitfragen gemäß den Forderungen der Charta der Vereinten Nationen so zu lösen, dass der Frieden und die Sicherheit in Europa nicht gefährdet werden. „Dieses System muss vorsehen, jedesmal, wenn nach Meinung irgendeines Teilnehmerstaates die Gefahr eines bewaffneten Überfalls in Europa entsteht, Konsultationen durchzuführen, um wirksame Maßnahmen zur Abwendung einer solchen Gefahr zu ergreifen. Damit dieses System wirksam ist, muss es vorsehen, dass ein Überfall auf einen oder mehrere Staaten in Europa als Überfall auf alle Teilnehmer des entsprechenden gesamteuropäischen Vertrages betrachtet werden wird und jeder Vertragsteilnehmer dem überfallenen Staat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln einschließlich bewaffneter Gewalt Hilfe erweisen wird, um den Frieden und die Sicherheit in Europa wiederherzustellen und zu erhalten“.

Diese Vorschläge legen Zeugnis von einem ausgeprägten Friedenswillen ab. Sie entsprachen den Prinzipien der Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit aller europäischen Staaten, den Prinzipien der UNO-Charta. Sie waren geeignet, in den Beziehungen zwischen den sich entwickelnden sozialistischen Staaten und den kapitalistischen Staaten Beziehungen der gegenseitigen Achtung und der Zusammenarbeit zu etablieren – wenn nicht der Antikommunismus gewesen wäre!

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz machten deshalb erneut deutlich, dass sie angesichts einer Ratifizierung der Pariser Verträge gezwungen sein würden, unaufschiebbare Maßnahmen zu treffen, um den aggressiven Kräften des NATO-Blocks die vereinte Kraft der friedliebenden Staaten zur Gewährleistung ihrer Sicherheit entgegenzusetzen. In der Erklärung hieß es: „Die Teilnehmerstaaten geben ihren Entschluss bekannt, im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen gemeinsame Maßnahmen bei der Organisation der Streitkräfte und ihres Kommandos wie auch andere Maßnahmen durchzuführen, die für die Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit erforderlich sind, um die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Hoheitsgebiete zu garantieren und die Verteidigung gegen eine eventuelle Aggression zu gewährleisten“.

Die Aktivitäten verdichteten sich und am 9. Februar 1955 wandte sich der Oberste Sowjet der UdSSR an die Völker und Parlamente aller Länder. Er wies eindringlich darauf hin, dass die Schaffung aggressiver Militärgruppierungen in Europa und die Politik der Wiedererrichtung des Militarismus in der BRD ernste Folgen für alle Völker Europas hat. „Es wird die Gefahr geschaffen, dass Europa zum Schauplatz eines neuen Krieges werden kann. Ein solcher Krieg wird unvermeidlich zu einem neuen Weltkrieg führen“.

Es ging immer um die Verhinderung von Krieg und dazu um die Verhinderung der Pariser Verträge.

Im März 1955 fanden Konsultationen zwischen den Regierungen der Teilnehmer der Moskauer Konferenz statt. Angesichts der Weigerung der Westmächte, auf die Vorschläge der späteren Warschauer Vertragsstaaten einzugehen, wurde u.a. Einigkeit über die Bildung „eines vereinigten Kommandos der am Vertrag beteiligten Staaten“ bekannt gegeben. Aber auch dieses sollte erst „im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge zum Zwecke der Gewährleistung der Sicherheit dieser Staaten und im Interessen der Erhaltung des Friedens in Europa geschaffen werden“.

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge (5. Mai 1955) und der Einbeziehung der BRD in die NATO entstand eine neue Lage in Europa.

Die Westmächte demonstrierten vor aller Welt, dass sie nicht gewillt waren an der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems teilzunehmen.

Offen wurden die revanchistischen Forderungen der BRD in die Strategie der NATO übernommen.

Sie bekundeten, dass sie ihre vom Antisozialismus/Antikommunismus geprägte Politik fortsetzen wollten.

Die DDR wurde zum Ziel der gesamten NATO.

Die Spaltung Deutschlands wurde durch die Einbeziehung der BRD in die NATO für lange Zeit zementiert.

#### Zum Charakter des Warschauer Vertrages

In den vergangenen Tagen fiel mir folgender Text in die Hände, der zeigt, wie notwendig es ist, die tatsächlichen Vorgänge immer wieder ins Gespräch zu bringen. Darin heißt es: „Nach dem zweiten Weltkrieg, insbesondere ab 1947, gab es immer mehr zunehmende *Spannungen zwischen den Alliierten*. Der Warschauer Vertrag stellt ein Resultat eben dieser Spannungen dar. Die Sowjetunion hatte als Ziel ihre Expansion. Dieses Ziel galt als Bedrohung für die westlichen, demokratischen Staaten. Der Furcht vor dem Expansionsgedanken der Sowjetunion begegnete man mit der Gründung der NATO.“

Die UdSSR und die volksdemokratischen Staaten werden als Gefahr dargestellt und die NATO als Reaktion darauf. Mehr Geschichtsrevisionismus kann es wohl nicht geben!

Es soll weis gemacht werden, dass die NATO als Reaktion gegründet wurde und der Charakter des Warschauer Vertrages durch eine der SU unterstellte Expansion bestimmt wird. Es wird verschwiegen, dass die Gründer der WVO bestrebt waren, ein auf der Teilnahme „aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, beruhenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa“ zu schaffen, „das es ermöglichen würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinigen“. (Präambel)

Es ging also 1955 weder um ein sozialistisches Bündnissystem und schon gar nicht ging es um ein Militärbündnis., wie es von bestimmte Historikern und Politikern gern unterstellt wird, wenn sie z.B. sagen: „Durch die Gründung des Militärbündnisses sicherte sich die Sowjetunion ihren Hegemonialanspruch in Osteuropa“.

Diesen Unterstellungen und Unwahrheiten widerspricht der Vertragstext selbst. In Artikel 9 wird ausdrücklich gesagt: „Dieser Vertrag steht anderen Staaten zum Beitritt offen, die, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, ihre Bereitschaft bekunden, durch



Teilnahme an diesem Vertrag zur Vereinigung der Anstrengungen der friedlichen Staaten zum Zwecke der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker beizutragen.“

Die Gründerstaaten der WVO gehen sogar noch einen Schritt weiter. Sie stellen diesen Vertrag zur Disposition, wenn ein kollektives Sicherheitssystem geschaffen werden sollte. Dazu wird in Artikel 11 gesagt: „Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziele dienenden gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die vertragschließenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser am Tage des Inkrafttretens des gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit“.

Schon allein damit sind alle Behauptungen der Apologeten des Imperialismus widerlegt, wonach die Gründung der Warschauer Vertragsorganisation die Spaltung des Kontinents herbeigeführt habe.

Im Laufe der Zeit und angesichts der antikommunistischen/antisozialistischen Politik der NATO und ihrer Hauptmächte, einschließlich der BRD, sind natürlich wichtige qualitative Veränderungen in der Politik, in der Zusammenarbeit der Warschauer Vertragsstaaten eingetreten. Angesichts der inneren gesellschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten und der internationalen Bedingungen hat sich die Warschauer Vertragsorganisation zum Zentrum der außenpolitischen Koordinierung der Mitglieder und zu einer sozialistischen Militärorganisation entwickelt. Dies bedeutete aber:

1. Die o.g. Festlegungen wurden nicht aufgehoben.
2. Frieden und Sicherheit blieben die Hauptanliegen der Organisation

Das hat die WVO durch eine Vielzahl von Vorschlägen und Handlungen bewiesen, die sie im Verlaufe der Jahre bis zu ihrer Auflösung unterbreitet und unternommen hat.

#### Die DDR als Mitglied der Warschauer Vertragsorganisation

Eine antikommunistische Version zur Interpretation der Mitgliedschaft der DDR in der WVO besagt: „Durch den Beitritt zur WVO wird das Territorium der DDR zum Aufmarschgebiet eines möglichen Krieges zwischen WVO- und NATO-Staaten. Um hierauf vorbereitet zu sein, verfolgt die SED eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft“.

Auch in diesem Falle gilt: die Fälschung kann nicht groß genug sein. Je größer, um so aussichtsreicher ist, dass sie geglaubt wird. Eine Maxime, nach der der propagandistische Apparat des Kapitals, genannt Medien, auch heute noch handelt!

Auch die Behauptung, dass die Teilnahme der DDR an der Warschauer Vertragsorganisation zur Spaltung Deutschlands geführt habe, entbehrt jeder Grundlage. Dagegen sprechen Fakten.

Bei der Unterzeichnung des Vertrages stimmten die anderen Mitgliedstaaten der Erklärung der DDR zu, dass die DDR „nach wie vor die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage als ihre und des ganzen deutschen Volkes Hauptaufgabe ansieht und alles tun wird, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu beschleunigen“. Die Regierung der DDR gehe „davon aus, dass das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist“. (Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR“, Berlin, Bd. II, S. 231)

Diese Erklärung ist durch Aufnahme in das Schlusskommunique der Konferenz unter Zustimmung aller Teilnehmer anerkannt! Der Warschauer Vertrag bot alle Möglichkeiten zur Vereinigung Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege.

Otto Grotewohl hat allerdings im Bericht des Ministerpräsidenten über den Warschauer Vertrag vor der Volkskammer am 20. Mai 1955 auch erklärt: „So wirkt der Vertrag von Warschau unmittelbar und positiv für die Sicherheit und den Frieden in Europa und damit auch für Deutschland. Deutschland kann sich zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staat aus seiner Spaltung nur erheben, wenn die Pariser Verträge fallen“.

Im Gegensatz zu den Pariser Verträgen, die Westdeutschland den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands erschwerten, gab der Warschauer Vertrag der DDR die volle Freiheit, ungehindert über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln und alle dazu möglichen und nötigen Maßnahmen zu treffen.

Durch den Warschauer Vertrag sind neue, günstige Bedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa, aber auch für den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen worden, weil durch diesen Vertrag die DDR gefestigt, ihre Verteidigung gewährleistet und ihr freie Hand für die Wiedervereinigung mit Westdeutschland gegeben wurde.

### Schlussgedanke

Während der Existenz und des Wirkens der Warschauer Vertragsorganisation gab es keinen Krieg in Europa. Es waren die Staaten des Warschauer Vertrages, die besonders intensiv seit Mitte der 1960er Jahre um die Verbreitung und Verankerung der Idee der Sicherheit in Europa gekämpft haben. Ihre Initiativen haben zu den bekannten Helsinki-Abkommen geführt.

Leider wurden auch in diesem Prozess ihrer außenpolitischen Koordinierung zunehmend politische Positionen, ideologische Standpunkte und außenpolitische Ziele wirksam, die nicht dem Charakter einer sozialistischen Außenpolitik entsprachen. Einerseits nationalistische Engstirnigkeit bei einzelnen Mitgliedstaaten und andererseits Unterschätzung des Klassengegners, des Klassencharakters der Politik.

Trotzdem gilt: die Zeit der Existenz und des Wirkens der Warschauer Vertragsorganisation war eine Periode des Friedens in Europa. Bewirkt hat dies der Sozialismus!

Die Tinte der Unterschriften, die die Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation besiegelt haben, war noch nicht trocken, da waren auch Aggressionskriege in Europa wieder da!

Der Anschluss der DDR war ein erster Schritt. Es folgten die anderen sozialistischen Staaten und vor allem die Sowjetunion. Besonders die Aggression gegen Jugoslawien offenbarte den wahren Charakter der Außenpolitik des Imperialismus. Das imperialistische Prinzip des Teile und Herrsche konnte ohne nennenswerten Widerstand verwirklicht werden. An der Grenze zu Russland wird der Kampf gegen die Ukraine und gegen Russland geführt.

Die militärischen Strukturen der Warschauer Vertragsorganisation wurden am 31. März 1991, die Organisation insgesamt am 1. Juli 1991 offiziell aufgelöst. Dies erfolgte aber ohne dass die Ursachen für seine Gründung beseitigt waren.

Diese konnten sich erneut entfalten. Die abgelaufenen Prozesse Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre gipfelten nicht nur innenpolitisch mit der Konterrevolution. Diese Konterrevolutionen öffneten die Schleusen für erneute Kriege.

## Veranstaltungen des Arbeitskreises von September bis Ende 2015

Donnerstag,  
3. September                      Das Potsdamer Abkommen 1945 und was davon geblieben ist.  
Einführung: Prof. Dr. Wolfgang Triebel

**Sonnabend,  
19. September                      Konferenz: Was bleibt von der DDR?**

*Vorträge:*

*Prof. Dr. Günter Benser* (Berlin)

Warum und wie entstand die DDR?

*Prof. Dr. Ekkehard Lieberam* (Leipzig)  
Errungenschaften und Defizite der DDR.

*Prof. Dr. Siegfried Prokop* (Bernau)  
Woran scheiterte die DDR?

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal, und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57  
(Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,  
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Donnerstag,  
1. Oktober                              Die „Brüsseler Konferenz“ 1935 – eine strategische Wende der KPD.  
Einführung: Dr. Stefan Weber

Donnerstag,    Ein Wendepunkt in der Geschichte der KPD.  
29. Oktober    Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl

Donnerstag,    DDR und NVA im Warschauer Pakt.  
26. November Einführung: Generaloberst a.D.

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

### Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74